Nr. 69. 37. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 16,50 Mk., monatl. 5,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 5,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 8,75 Mk., für das übrige Ausland 18,— Mk., bei täglich zweimal. Zustellung 11,— Mk. + Valuta-Aufschlag. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Postzeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 9,— Mk., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Sonnabend, den 7. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

In Erwartung der Note.

Havre, 6. Februar. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Note, deren Eintreffen in Berlin erwartet wird, bringt, wie hier zuverlässig verlautet, nur das prinzipielle Verlangen der Alliierten nach der Auslieferung zum Ausdruck, enthält aber nichts darüber, wie die Durchführung dieses Verfahrens gedacht wird. Am Schlusse dieser Note wird eine weitere angekündigt, die die Antwort auf die deutsche Note vom 25. Januar darstellen wird. Erst in dieser Note, deren Eintreffen in Berlin kaum vor Mitte nächster Woche zu erwarten ist, wird des näheren dargelegt werden, wie die Durchführung des Verlangens der Entente gedacht ist.

Die Behauptung des „Corriere della Sera", die in Berlin erwartete erste Note enthalte kein Verlangen nach Auslieferung, dürfte jedoch den Tatsachen nicht entsprechen. Vielmehr wird in dieser Note der bekannte grundsätzliche Standpunkt der Entente festgehalten.

Inmitten der begreiflichen Erregung, die in allen Schichten der Bevölkerung herrscht, ist es nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß wir zwar die Liste der Personen kennen, die von der Entente strafwürdiger Verletzungen des Kriegsbrauchs beschuldigt werden, nicht aber auch die Note, von der sie begleitet ist. Diese und ihre Nachfolgerin müssen erst noch in Berlin eintreffen und erst dann kann man beide wie andere diplomatische Schriftstücke behandeln, das heißt ihren Inhalt aufs sorgfältigste überlegen und dann Stellung zu ihnen nehmen.

Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn auch in diesem Fall der regelmäßige Geschäftsgang hätte eingehalten werden können, der neben seinen Schattenseiten ja auch seine Vorteile besitzt. Es kann aber auch nicht schaden, daß das Ausland schon im voraus die Wirkung eines Auslieferungsbegehrens im Experiment studieren konnte. Es wird sich mittlerweile von folgendem überzeugt haben:

erstens, daß kein Mensch in Deutschland das Auslieferungsverlangen für gerecht hält,

zweitens, daß kein Mensch in Deutschland an die technische Möglichkeit seiner Erfüllung glaubt,

drittens, daß die monarchistisch-militärische Reaktion in diesem Auslieferungsverlangen nur ein Mittel sieht, sich wieder zu kräftigen, ja aus ihm die Hoffnung schöpft, wieder zur Macht zu gelangen.

Der Versuch, das Rechtsempfinden des deutschen Volkes in diesem Fall aus seiner besonderen „Mentalität" zu erklären, scheitert an der Tatsache, daß der größte Teil der neutralen und selbst ein beträchtlicher Teil der früher — leider auch jetzt noch — feindlichen Welt dieses Empfinden teilt. Die besondere „Mentalität" ist nur bei jenem Teil des deutschen Volkes vorhanden, für den jeder schon ein Held und Märtyrer ist, weil er auf der Liste steht, und der den Entschluß einer Versammlung von Heerführern a. D., auf keinen Fall freiwillig zu gehen, als höchsten Triumph deutscher Männlichkeit feiert. Man kann gar nicht deutlich genug sagen, daß die Masse des deutschen Volkes mit dieser „Mentalität" nicht das allergeringste zu tun haben will.

Was die Durchführungsmöglichkeit der Auslieferung betrifft, so zweifeln wir nicht daran, daß die Entente im Laufe des Notenwechsels das sachverständige Gutachten ihrer in Deutschland weilenden Missionen einholen wird. Sie wird auch von ihnen hören, daß die deutsche Regierung wohl imstande wäre, ein Blutbad anzurichten und alles, was im Lande noch steht, ins Wanken zu bringen, daß sie aber nicht imstande wäre, einen einzigen Mann zwangsweise über die Grenze zu bringen.

Im übrigen war an einem Schulbeispiel zu sehen, wie sich an der nationalistischen Leidenschaft der einen Seite auch die der andern entzündet. Unzähligemale haben wir gehört, daß die Völker, mit denen wir im Kriege lagen, ein demokratisches und friedliebendes Deutschland wünschen, aber man wird sich inzwischen davon überzeugt haben, daß ein Ueberspannen des Bogens in der Auslieferungsfrage nicht geeignet ist, ein solches Deutschland zu schaffen und zu erhalten.

Die nationalistischen Hetzer von drüben hoffen, nun sei die Gelegenheit gekommen, die langsame Todesart, zu der der Frieden von Versailles Deutschland verurteilt, durch eine schnellere zu ersetzen. Sie bestehen auf ihrer Forderung: nicht weil sie meinen, daß sie erfüllbar ist, sondern weil sie wissen, daß sie unerfüllbar ist. Sie wollen nichts als einen Vorwand zur Zertrümmerung Deutschlands und zu seiner Entvölkerung, um dann ein paar Jahre lang ruhig schlafen zu können. In ihrer Dummheit — denn sie sind fast genau so dumm wie unsere nationalistischen Hetzer — übersehen sie, daß man wohl Menschen, aber nicht Völker töten kann, und daß sie eine Drachensaat säen, die Kindern und Kindeskindern gefährlich werden kann.

Indes — noch haben sie es nicht erreicht. Allerdings, wenn ihnen unsere nationalistischen Hetzer weiter so helfen wie bisher, dann werden sie es erreichen! Die deutschnationale Presse Deutschlands scheint seit drei Tagen nur zu dem einen Zweck redigiert zu sein, der Kollegin von der anderen Seite Material für den Beweis zu liefern, daß man in der Auslieferungsfrage kein Verständnis und kein Entgegenkommen zeigen dürfe. Nach dem Amerikageschrei, nach dem verschärften U-Boot-Krieg bietet die Haltung der deutschnationalen Presse von heute ein Bild eisenstirniger Beschränktheit, das alles vorangegangene übertrifft.

Die Herren täuschen sich aber gründlich, wenn sie glauben, die sozialdemokratische Partei in ihr Schlepptau nehmen und die Massen mit ihren Phrasen trunken machen zu können. Das Empfinden der Massen ist ein ganz anderes als das jener engen Kreise, die diese Angelegenheit doch wiederum nur vom Interessentenstandpunkt aus betrachten und deren ganze Sorge doch nur darum geht, daß bestimmten Herrschaften nichts passiert.

Wir erwarten, daß die Regierung die Noten, die sie noch erhalten soll, ruhig und sorgfältig prüfen wird. Da wir die Note noch nicht kennen, ist noch kein Grund, anzunehmen, daß sie alle Wege der Verständigung völlig verschließt. An der Tatsache, daß die Auslieferung der Beschuldigten an feindliche Kriegsgerichte eine unmenschliche und unausführbare Forderung ist, wird sich nichts ändern. Aendern aber können sich die Auffassungen und Stimmungen, die bisher für die Behandlung dieser Frage auf der anderen Seite maßgebend gewesen sind. Dafür zu wirken ist jetzt die Aufgabe aller im Lande, die noch ruhiger Ueberlegung fähig sind und die noch nicht — wie gewisse Leute — vor Angst den Verstand verloren haben.

Die Auslieferungsfrage.

Noske und Trotha.

Kiel, 6. Februar. Der Chef der Marinestation der Ostsee hat am 5. Februar folgendes Telegramm an den Reichswehrminister Noske gerichtet:

„An den Reichswehrminister Noske in Berlin. Die Nachricht, daß unter den Namen von Hunderten der besten deutschen Männer auch der des Chefs der Admiralität, Vizeadmiral von Trotha, auf die Auslieferungsliste gesetzt ist, löst in dem mir unterstellten Befehlsbereich nur eine Stimme aus: In unwandelbarer Treue wollen wir Mann für Mann vor Vizeadmiral von Trotha, unserem Führer, stehen und erwarten, daß er, gestützt auf das unerschütterliche Vertrauen der ganzen Marine, auf seinem Posten verbleibt, komme, was kommen mag.

gez. Konteradmiral v. Levetzow, Chef der Marinestation der Ostsee."

Darauf hat der Reichswehrminister folgendes geantwortet:

„An den Konteradmiral von Levetzow, Chef der Marinestation, Kiel. Der Marine versichere ich, daß weder die Auslieferung des Vizeadmirals von Trotha noch eines anderen Deutschen in Frage kommen darf. Ich denke nicht daran, mich von meinem geschätzten Mitarbeiter, dem Chef der Admiralität, zu trennen, weil sein Name auf der Auslieferungsliste steht. gez. Noske, Reichswehrminister.

München, 6. Februar. Der

Bayerische Landtag

hat heute im Finanzausschuß folgende Kundgebung beschlossen:

Der Bayerische Landtag gibt in voller Uebereinstimmung mit der Stellungnahme der Reichsregierung und der Haltung des Reichsrats den Gefühlen der Empörung Ausdruck über das allen Grundsätzen des Rechts und der Gesittung hohnsprechende Auslieferungsverlangen der deutschfeindlichen Mächte. Der Landtag ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß das ganze bayerische Volk mit ihm einig ist in dem Widerspruch gegen das Vorgehen der Entente, welches das deutsche Volk entehren soll. **Die sämtlichen Parteien schlossen sich einstimmig der Kundgebung an.** Namens der

Staatsregierung

gab Ministerpräsident Hoffmann folgende Erklärung ab:

„Die Bayerische Staatsregierung schließt sich dem Protest des Landtages vollinhaltlich an. Die Reichsregierung hat unter dem Druck des Fernbes den Friedensvertrag unterzeichnet und keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie auch beim besten Willen die Bedingung der Auslieferung von Volksgenossen an den Feind nicht erfüllen kann. Noch nie in der Geschichte der zivilisierten Menschheit ist einem besiegten Volk eine gleiche Forderung gestellt worden, eine Forderung, deren Erfüllung das deutsche Volk um die Selbstachtung und die Achtung der anderen Völker bringen müßte. Die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes denkt nicht daran, wirkliche im Krieg begangene Verbrechen ungesühnt zu lassen, aber die Vergewaltigung des Menschenrechts durch Auslieferung von Volksgenossen an den Feind wird nicht ertragen. In dieser Auffassung ist das ganze bayerische Volk einig und steht geschlossen hinter der Reichsregierung."

Königsberg, 6. Februar. Der

Oberpräsident Winnig

richtet in der Auslieferungsfrage folgendes Telegramm an den Ministerpräsidenten Hirsch:

Ich bitte auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sie die Erfüllung des Auslieferungsbegehrens ablehnt und diesmal auch gegenüber Drohungen fest bleibt. Zugleich im Namen des Polizeipräsidenten Lübbring und der höheren Beamten des Oberpräsidiums erkläre ich, daß wir unsere Aemter niederlegen, wenn die Regierung durch Beihilfe zur Auslieferung den letzten Rest deutscher Würde preisgibt.

Ein Amerikaner über die Auslieferung.

Dem Rektor der Berliner Universität ist von amerikanischer Seite ein Schreiben zugegangen, dem wir folgende Zeilen entnehmen:

Als Amerikaner erlaube ich mir, den amerikanischen Standpunkt betreffs der verlangten Auslieferung Ihrer Mitbürger zu vertreten.

Weder die Regierung der Vereinigten Staaten, noch unser amerikanisches Volk sind beteiligt an jenem jüngsten Schritt der alliierten Mächte; im Gegenteil wird dieses ungeheuerliche Verlangen von allen besseren Elementen in Amerika aufs schärfste verabscheut und mißbilligt. Dies ist auch die Stellungnahme aller unserer höheren Offiziere und angesehensten Akademiker, eingedenk der Ueberlieferungen unserer Vorfahren, die ihren besiegten Feinden gegenüber immer den Großmut der Gehässigkeit vorzogen. Nach diesen ritterlichen Grundsätzen verfuhr George Washington gegenüber den geschlagenen Engländern, die Generale Scott und Taylor gegenüber den Mexikanern und die Admirale Dewey und Sampson gegenüber den Spaniern. Niemals in der Geschichte der Vereinigten Staaten ist es üblich gewesen, daß an unterlegenen Feinden kleinliche Rache genommen wurde, nicht einmal nach unserem blutigen Bürgerkriege, der durch seine Greueltaten die schlimmsten Leidenschaften aufgewühlt hatte. Nicht nur in früheren Zeiten, sondern auch in diesen Tagen haben unsere führenden amerikanischen Männer und besten Zeitungen ausdrücklich Stellung genommen gegen jegliche gehässige Verfolgung früherer militärischer oder diplomatischer Gegner nach Beendigung des Kriegszustandes sowie gegen die Verletzung des Asylrechtes politischer Flüchtlinge im Auslande.

In Anbetracht dieser Tatsachen, die Ihnen, Herr Professor, in Ihrer Eigenschaft als Historiker und Kenner Amerikas gewiß in Erinnerung sind, werden Sie es verständlich finden, daß kein Amerikaner und kein Mitglied der Harvard-Universität sich von der bedauerlichen freiwilligen Niederlegung Ihres amerikanischen Doktortitels auf Grund der gehässigen Handlungsweise der europäischen Widersacher Deutschlands getroffen fühlen kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Edwin Emerson.

Ein englisches Urteil.

London, 6. Februar. Das Blatt **„Union of democratic control"** schreibt zum Auslieferungsbegehren der Alliierten:

„Noch sechs Monate, nachdem die Alliierten einen der vollkommensten Siege, den die Geschichte kennt, davongetragen hatten, als sie nichts mehr zu fürchten brauchten, hielten sie kaltblütig ihre Blockade gegen Deutschland aufrecht und handhabten gegen das hilflose unbewaffnete deutsche Volk diese grausamste aller Mordwaffen in rücksichtslosester Weise. Dadurch machten sie sich am Tode hunderttausender deutscher Männer, Frauen und Kinder schuldig. Die Regierungen, die an diesem gewaltigen Verbrechen, das in der Geschichte nicht seinesgleichen hat, schuld sind, wagen, sich selbst zu Richtern der Taten Tausender Personen unter ihren früheren Feinden aufzuwerfen. Das ist monströse Heuchelei. Wenn man auf dieser Forderung besteht, so wäre das Bild der Gerechtigkeit für immer verstümmelt und Europa mit den Giften der Leidenschaften und des Hasses infiziert. Und dadurch werde jeder Versuch, eine internationale Annäherung zuwege zu bringen zum Scheitern verurteilt."

Die neutrale Presse

wendet sich auf das schärfste gegen das Verlangen der Entente. Selbst die „Neue Züricher Zeitung", die noch in der Nummer vorher Deutschland die Annahme des Begehrens der Entente empfohl, wendet sich nunmehr mit Vorstellungen an die Entente.

Die französische Presse.

Die französische Presse hat die Liste der Auszuliefernden immer noch nicht veröffentlicht. In der Hauptsache beschäftigt sie sich zurzeit mit der Rückgabe der Note durch Lersner an Millerand. — Der „Matin" sagt, Lersner sei ein Mann, der aus dem alten Regime hervorgegangen sei; sein Rücktritt sei eine Privatangelegenheit. „Le Journal" bemerkt, es handle sich weniger um die Frage des Rücktritts Lersners als um die unmittelbaren Folgen desselben. Man habe kein Mittel, um die Liste der Schuldigen überreichen zu können. „Temps" enthält sich noch jeder weiteren Stellungnahme zu der Angelegenheit. „Petit Journal" führt den betreffenden Punkt des Friedensvertrags an, wonach die Schuldigen von den interessierten Mächten abgeurteilt werden können. In jedem Falle würden sie aber das Recht haben, sich ihre Verteidiger selbst zu wählen. „Echo de Paris" findet, daß der Rücktritt Lersners ein abgekartetes Spiel sei, und stellt die Behauptung auf, daß auch die Abwesenheit des Geschäftsträgers Mayer damit im Zusammenhange stehe.

Die schnelle Enthebung Lersners von seinem Amte durch die Berliner Regierung hat in der französischen Presse einen **guten Eindruck** gemacht.

Auf dem richtigen Wege.

Paris 6. Februar. Die französische Kammer hat nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten und nach kurzer Debatte die Tagesordnung Renard mit 513 gegen 68 Stimmen angenommen. Die Tagesordnung nimmt Kenntnis von den Erklärungen der Regierung und spricht das Vertrauen aus, daß sie in Gemeinschaft mit den alliierten und assoziierten Regierungen **eine auswärtige Politik treiben werde, die den Weltfrieden wiederherstelle** und den materiellen und moralischen Interessen Frankreichs entspreche.

Kundgebung für die Republik.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".)

Hamburg, 6. Februar. Die Sozialdemokratie Hamburgs nahm heute abend in neun durchweg überfüllten Massenversammlungen in allen Stadtteilen Stellung zur politischen Lage. Es sprachen parteigenössische Parlamentarier Hamburgs und aus dem Reiche. Dietrich-Breslau, Scheibe-Stendal, Görrgiebel-Köln, Hense, Stolten-Hamburg und andere. Trotz teilweisen unruhigen Verlaufs der Versammlungen gestalteten sich diese zu wuchtigen Kundgebungen für die Sozialdemokratie, und die unter dem stürmischen Beifall der Massen aufgenommenen Referate gipfelten in dem Bekenntnis, in der Stunde der Gefahr treu zur Republik zu stehen.

Das Aufgebot radikaler Versammlungssprenger konnte diesen Eindruck nicht verwischen.

Der letzte Mann muß in die Nordmark.

Der deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig erläßt folgenden Aufruf: **Der letzte Mann muß unbedingt hinauf zur Abstimmung.** Die erste Zone ist noch nicht verloren. Die Valutaregelung hat im dänischen Lager die größte Bestürzung hervorgerufen. Viele Dänen wollen weiße Stimmzettel abgeben. **Es kommt auf jede deutsche Stimme an.**

Der Deutsche Ausschuß in Flensburg teilt mit: Da durch Erlaß der Internationalen Kommission den stimmberechtigten Beamten des Abstimmungsgebietes das Auftreten als Redner in politischen Versammlungen verboten worden ist, werden die stimmberechtigten Schleswig-Holsteiner aus dem übrigen Deutschland, auch Betriebe, die mit den Verhältnissen im Abstimmungsgebiet vertraut sind, gebeten, sich als Redner dem Deutschen Ausschuß zu Flensburg zur Verfügung zu stellen.

Wien vor der Katastrophe.

Wien, 6. Februar. Die Ernährungslage für Oesterreich und Wien ist in ein katastrophales Stadium getreten. Die Versorgung mit Brotgetreide, Back- und Kochmehl ist nur für die kommende Woche gesichert. Was dann geschieht, kann heute niemand sagen, da mangels Kredits weitgehende Einkäufe nicht gemacht werden können.

Reventlow wirbt Meuchelmörder!

Die Partei Meuchelmörder hat einen neuen Plan ersonnen: sie fordert im voraus Straffreiheit für sämtliche alldeutschen Attentäter. In der „Deutschen Tageszeitung" schreibt Graf Reventlow:

> Man hatte früher in Deutschland den Begriff des Landesfeindes innerhalb des eigenen Volkes. Es wäre Zeit, ihn jetzt wiedereinzuführen und auf jeden Deutschen anzuwenden, der sich in Deutschland durch die Feinde bestechen und gebrauchen läßt, ganz besonders gegen die auf den Auslieferungslisten verzeichneten Deutschen. **Er müßte als Landesfeind für vogelfrei erklärt und demgemäß rücksichtslos und straflos behandelt werden.** Die Zeit und Lage ist ungewöhnlich, um solches zu rechtfertigen, ja als **besonders am Platze** erscheinen zu lassen.

Die „Post" greift diese Anregung mit Freude auf. Sie hat sofort das richtige Gefühl, was hier gemeint ist, indem sie dem Grafen Reventlow mit folgenden Worten beipflichtet:

> Diese Auslassung entspricht zweifellos dem gesunden Empfinden weiter Kreise. Besser wäre es jedoch, wenn das Volk nicht genötigt wäre, zur Selbstjustiz zu greifen.

„Von den Feinden bestochen" oder „von den Feinden gebraucht" ist nach alldeutscher Auffassung bekanntlich jeder, der nicht unbedingt ins alldeutsche Horn stößt. Verschiedene Male ist während des Krieges in alldeutschen Blättern gelogen worden, daß Scheidemann und Erzberger im Solde der Feinde ständen. In der „Kreuzzeitung" stand erst vor wenigen Wochen die unverschämte Verleumdung, daß der „Vorwärts" der von feindlichem Geld bezahlten Wühlarbeit an der Front politisch nahegestanden habe.

Die Forderung des Grafen Reventlow bedeutet daher nichts mehr und nichts weniger, als daß jeder Alldeutsche jeden Nichtalldeutschen straffrei meucheln darf.

Auf die Nachfolgerschaft der Arco, von Hirschfeld usw. soll im voraus als Prämie völlige Straffreiheit gesetzt werden. Kann die Behauptung der Alldeutschen, daß sie nicht zu Gewalttaten aufhetzten, schlagender widerlegt werden, als durch die Ausführungen des Grafen Reventlow und der „Post"!?

Was würde übrigens Graf Reventlow gesagt haben, wenn am 9. November 1918 alle alldeutschen Kriegshetzer und Kriegsverlängerer für vogelfrei und ihre Mörder für straflos erklärt worden wären?!

•

Unter den Roheiten, mit denen die Deutschnationalen in „völkischer Solidarität" das Erzberger-Attentat garniert haben, ist auch folgende zu erwähnen: An einer von der „Deutschen Vereinigung" (Zusammenschluß der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei) in Klein-Mulz bei Zehdenick einberufenen Versammlung erklärte der Redner, der Deutschnationale Dr. Dadert, das Attentat auf Erzberger habe die gute Wirkung gehabt, daß mit dem Augenblick, wo das Attentat im Ausland bekannt wurde, unsere Valuta wieder gestiegen sei! — Partei Meuchelmörder!

Antisemitische Volksaufklärung.

Der berüchtigte „Ausschuß für Volksaufklärung", hinter dem sich die antisemitische Pogromzentrale verbirgt, gab unlängst auch im Tempelhof eine Gastrolle. Ein Herr Wolff-Harnier sprach über „Baruch Spinoza und das Judentum". Hinter diesem scheinbar wissenschaftlichen Thema verbarg sich die wüsteste antisemitische Hetze. Die Tatsache, daß Spinoza unter der religiösen Unduldsamkeit seiner Amsterdamer Glaubensgenossen schwer zu leiden hatte, wurde zu unglaublichen verallgemeinernden Beschimpfungen gegen das „Judenpack", die „Judenblase" usw. ausgenutzt. Daß im Zeitalter Spinozas religiöse Unduldsamkeit und religiöser Aberglaube ganz Europa beherrschten, daß in protestantischen Ländern damals die Scheiterhaufen für Hexen, in katholischen die Scheiterhaufen für Ketzer massenweise lohten, davon sagte der Redner nichts. Politische Abschweifungen in die Jetztzeit gab es massenhaft. Vernünftige Zuhörer, angesehene ältere Bürger, die gegen den vom Redner vorgetragenen Blödsinn protestieren wollten, wurden von einer Horde junger Leute, zum Teil Schüler des Tempelhofer Gymnasiums, mit dem Rufe „Judenpack, schlagt sie tot!" angepöbelt.

Den Gipfelpunkt der „Volksaufklärung" zeigten jedoch die in der Versammlung ausliegenden Hetz- und Flugschriften. Zum Teil waren es Karikaturen niederträchtigster Art, zum Teil Flugblätter. Eins davon ist unterzeichnet „Eure Mitbürger jüdischer Rasse". Durch diese — natürlich gefälschte — Unterschrift soll der Anschein erweckt werden, als ginge das Flugblatt von den Juden selber aus. Die angeblich jüdischen Verfasser bezichtigen sich nämlich darin selber der größten Gemeinheiten und Verbrechen. So heißt es in dem Flugblatt: „Wer macht eure Töchter und Schwestern als Angestellte zu Prostitutionssklavinnen? — Wir Juden! Wer lehrt euren Frauen die Fruchtabtreibung und führt euer Volk damit zur Selbstausrottung? — Wir Juden!" In diesem Stil folgen etwa 25 Fragen und Antworten aufeinander.

So sieht die antisemitische „Volksaufklärung" aus.

Mit Flinte und Forke

schreiten die Agrarier einher, wenn es gilt, ihre heiligsten Güter, die Vorherrschaft der Reaktion, in ihren Distrikten zu wahren. Die Tatsache, daß die sozialistisch-gewerkschaftlichen Organisationen in Pommern binnen kurzer Zeit von 20 000 auf 600 000 Mitglieder anschwellen konnten, ist ihnen doch gründlich in die Glieder gefahren, und wutentbrannt machen sie gegen den Landwirtschaftsminister Otto Braun Front, der es wagte, ihnen in den Arm zu fallen und sie recht deutlich daran zu erinnern, daß jene Zeiten endgültig vorüber sind, in denen man sich selbstherrlich über die Koalitionsfreiheit der als willenlos in ihre Macht gegebenen Landarbeiter (zu deutsch Knechte) hinwegsetzen konnte. Es ist ja zuzugeben, daß es für die Herren aus der Ostelbei bitter sein muß, die rote Flut siegreich ihre Klitschen und Kaschemmen überschwemmen zu sehen, und es ist begreiflich, daß diese Herren in ihrer bäuerischen Lebenskraft, die mit eines anderen Meinung nie viel Federlesens machte, mit aufgekrempelten Hemdsärmeln und einem geschnauzten „Raus!" dem Siegeszug der Jakobinermütze in Pommern ein Ende zu machen versuchte. Es ist auch schließlich noch verständlich, wenn ihnen die Galle überlief, als Minister Braun ihre absolutistischen Instinkte, mit denen sie die sozialistischen Landarbeiter und ihre Vertrauensleute kurzerhand von Hof und Scholle jagten, an die Kette legte. Zu bunt wird aber die Sache, wenn die Herren mit Fälschungen und Verleumdungen zu arbeiten beginnen. So erlaubt sich das Leib- und Magenorgan der Agrarier, die „Deutsche Tagesztg.", die dem Tatsachenmaterial gegenüber nur ein verlegenes Stammeln entgegenzubringen weiß, den Scherz, zu behaupten, Minister Otto Braun habe bei den Beratungen der Regierung über die Verlängerung des Belagerungszustandes und dem Schutz der lebenswichtigen Betriebe erklärt, „dann könne man ja gleich eine Aktion gegen den pommerschen Landbund unternehmen". Die Unwahrheit dieser Behauptung liegt ebenso auf der Hand wie der eigentliche Zweck des Manövers. Kommt man mit wahrhaften Mitteln nicht aus, so versucht man eben mit Schaumschlägerei und Anekdötchen den etwas unbequemen Herrn unmöglich zu machen. Aber das wird kaum gelingen. Die Zeiten ostelbischer Großgrundbesitzerpolitik sind ein für allemal vorüber und nicht ohne spöttische Genugtuung darf man abwarten, wie sich die „Deutsche Tageszeitung" zu der Berichtigung verhalten wird, in der das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Behauptung der „Deutschen Tageszeitung" und ihre daran geknüpften Forderungen als unwahr zurückweist.

Unversöhnliches aus der Versöhnungsgemeinde.

Der „Sonntagsfreund für die Versöhnungsgemeinde", so heißt ein frommes Blättchen, das einige Pfarrer und die Berliner Stadtmission herausgeben. Es trieft von Gebeten, Christentum und dergleichen. Bei einem Blick in die „Rundschau" der Ausgabe vom 1. Februar fanden wir aber einiges, was uns recht unversöhnlich anmutet; da heißt es:

Neue Wege zur Erforschung der Tiersprache

Von Prof. Sebastian Schmid.

Zum Anschluß an den kürzlich gemeldeten Tod des Erforschers der Affensprache dürfte es von Interesse sein, diesen deutschen Tierpsychologen über die von ihm erprobten Methoden dieses Forschungszweiges zu hören. Man sieht daraus, daß wir hier noch in den ersten Anfängen stecken.

Die Erforschung der Tiersprache hatte in den letzten Jahrzehnten im wesentlichen keine großen Fortschritte zu verzeichnen, insofern als die Zoologie wie auch die Psychologie den Problemen dieses Gebietes ihre Aufmerksamkeit kaum zuwandten. Am meisten Beachtung fand unter speziellen Liebhabern der Gesang der Vögel, der mit Sorgfalt in Noten festgelegt, ja auch in Lauten wiedergegeben wurde, deren Wert allerdings sehr relativ genannt zu werden verdient. Abgesehen davon, daß die tiersprachlichen Forschungsmethoden zumeist an Exaktheit zu wünschen übrig ließen, wurde auch die grundlegende Notwendigkeit des Problems nicht richtig erkannt — handelt es sich doch in letzter Hinsicht nur um zwei Dinge, einmal um die Erfassung rein phonetischer Tatsachen und dann um die Ausdeutung der Sprache als eines der Mittel tierischer Ausdrucksmöglichkeit.

Hinsichtlich der Phonetik liegen die Dinge vollständig im Argen; es ist erstaunlich, wie häufig sich die Wissenschaft durch Amateure vertreten läßt. Und so kommt es, daß Dutzende von sonst ernstzunehmenden Schriften und Büchern nach dieser Hinsicht absolut versagen. In der Uebertragung der Tiersprache auf menschliche Laute begegnen wir einer Fülle von Vokalen und Konsonanten, über die das Tier überhaupt nicht verfügt, von Tönen, die häufig nichts anderes als Geräusche sind. Das wird sich auch nicht ändern, solange wir nicht dazukommen, alle Fehlerquellen auszuschalten.

Um zu ungetrübten Resultaten zu kommen, bedürfen wir der phonographischen Aufnahme und Wiedergabe der verschiedenen Laute zunächst bekannter Tiere, wie Hund, Katze, Huhn, Ente usw. Nur dadurch werden wir in die Lage kommen, die Laute richtig zu beurteilen und die Irrtümer aus unserer Literatur verschwinden zu lassen, ja vielleicht auch die vergleichende Sprachforschung zu bereichern.

Ist die phonetische Untersuchung der Tiersprache zunächst eine Aufgabe für sich, so bedeutet sie doch letzten Endes nicht mehr und nicht weniger, als eine Bereicherung der Tierpsychologie überhaupt. Einmal werden wir mit Hilfe dieser Methode imstande sein, die Gesamtzahl der einem Tiere zur Verfügung stehenden Laute, die ungleich größer ist, als man anzunehmen geneigt ist, festzuhalten. Weiterhin wird uns die Phonetik auch lehren, den Stimmwechsel in der Pubertätszeit verschiedener Tiere zu beobachten und dadurch die Unterscheidung der Geschlechter auch von dieser Seite betrachten zu lernen. Ich verweise auf die Krähversuche junger Hähne (belegte Stimme), auf die den künftigen Hennen eigentümlichen Laute (Gackern und Glucken) und die beim Fressen sich äußernden Laute in ihrer von der Kindheit abweichenden Art, die Tatsache, daß manche Laute vollständig verschwinden und durch andere nicht ersetzt werden, und die weitere Tatsache, daß Laute der jugendlichen Tiere rein stimmlich in das nächste Stadium hinüberwechseln.

Neben der photographischen Aufnahme ist es dann noch nötig, das betreffende Tier zeichnerisch, phonographisch oder kinematographisch in seinem körperlichen Ausdruck (in Miene, Gebärde, der Körperhaltung, Schwanzbewegung usw.) festzuhalten. Bringen wir nun solche aufgenommene Laute auf phonographischem Wege anderen Tieren derselben Art zu Gehör, so wird uns die Erfahrung zeigen, inwieweit diese Laute aufgefaßt werden, inwieweit sie ähnliche Laute, verbunden mit entsprechenden Gefühlsäußerungen oder solche anderer Natur auslösen, endlich inwieweit Tiere verschiedener Art und mit gegenseitig instinktiver Abneigung (z. B. Hund und Katze) auf die aus dem Apparat kommenden Laute reagieren und welcher Art dabei der körperliche Ausdruck ist. Auch kann durch derartige Experimente nachgewiesen werden, wie lange das tierische Gedächtnis menschliche Stimmen (Hund, der in einen anderen Besitz überging und plötzlich die Stimme seines ehemaligen Herrn vernimmt) in Erinnerung behält, wie auf jugendliche Tiere noch nie gehörte Laute ihnen feindlicher, unsympathischer Tiere wirken und dergl. mehr.

Das eigenartige dieser Versuche liegt in der Ausschaltung aller übrigen Gedächtnishilfen, insofern Gesichts- und Geruchsempfindungen vollständig ausscheiden. Die Schwierigkeit solcher Aufnahmen soll nicht verkannt werden, sofern in den meisten der Fälle nicht das Tier an den Apparat, sondern dieser an das Tier unauffällig herangebracht werden muß, wenn anders dieses frei und ungezwungen sich geben soll. Das erfordert nicht nur große Geduld und Liebe zum Tier, sondern auch entsprechende Bekanntschaft mit der tierischen Psyche und den Lebensgewohnheiten der Tiere.

An die falsche Adresse. Prof. Eduard Meyer, der Rektor der Berliner Universität, teilt der Presse mit, daß er den Universitäten Oxford, Liverpool, St. Andrews, Edinburgh und Cambridge „die ihm in besseren Tagen die Doktorwürde verliehen haben," die Diplome zerrissen zurückgeschickt habe, als die Auslieferungsforderung der Entente amtlich bekanntgegeben worden sei.

Ein typisches Beispiel professoraler Gefühls-„Politik"! Was können die Universitäten dafür, daß die Handlungen ihrer Regierungen vom Haß diktiert werden; was können ausgerechnet die amerikanischen Universitäten für die Auslieferungsliste, an der sich Amerika gar nicht beteiligt hat! Sollte man umgekehrt die deutsche Regierung für alle Revancheergüsse deutscher Universitätsprofessoren verantwortlich machen?

Es sollte doch auch Herrn Prof. Meyer nicht unbekannt sein, daß gerade die Universität St. Andrews, die er auch mit dem zerrissenen Diplom beglücken will, erst jüngst ein Preisausschreiben erlassen hat über das Thema: „Der Wiederaufbau der menschlichen Gesellschaft auf dem Grunde einer geistig sittlichen Wiedergeburt", in dessen Erläuterung u. a. der schöne Satz steht: „Erst wenn das Menschheitsgewissen den Gedanken einer Weltverbrüderung erfaßt und seine Verwirklichung fordert, erst dann werden Aufruhr und Zwist dem allgemeinen Verlangen nach vereinter Arbeit an gemeinsamen Aufgaben weichen."

Wollte Herr Prof. Meyer den Beweis dafür erbringen, daß gewisse deutsche Universitätsprofessoren für diesen von einer englischen Universität in ihrer Gesamtheit ausgesprochenen Gedanken noch nicht reif sind? Daß sie sich immer noch und immer wieder von einer an sich berechtigten Empörung über die angetonnene Schmach zu Handlungen hinreißen lassen, die die Kluft nur vertiefen können, statt sie zu schließen?

Auf der Auslieferungsliste steht auch der Name eines deutschen Kunstgelehrten, des stellvertretenden Direktors des Kaiser-Friedrich-Museum, Dr. Demmler. Er hat das besondere Verbrechen begangen, im besetzten Nordfrankreich den Kunstschutz organisiert zu haben. Selbstverständlich machte dieser Schutz es notwendig, Kunstschätze aus der Feuerzone zu entfernen (nicht in der Absicht, sie nach dem Muster des napoleonischen Kunstraubes, dauernd dem Lande zu entführen). In allen einsichtigen deutschen Kunstkreisen ist vielmehr während des Krieges — auch als es gut für uns stand — immer betont worden, daß keine Eroberungen auf dem Gebiete der Kunst gemacht werden sollen. Es blieb der Entente vorbehalten, aus deutschen Museen sich mittels des Friedensvertrages Kunstwerke anzueignen (Genter Altar), die lange vor dem Kriege auf normale Weise erworben wurden.

Kann der Mensch ohne Fett leben? Die viel erörterte Frage, ob eine vollwertige Nahrung, die den Menschen auf beliebig lange Zeit bei gutem Körpergewicht sowie guter Gesundheit und voller Leistungsfähigkeit erhält, eine gewisse Menge Fett haben muß, ist von dem dänischen Physiologen Hindhede von neuem untersucht worden. Nach einer Mitteilung der „Naturwissenschaften" haben die beiden Hauptversuchspersonen des Forschers 16 Monate lang von einer Kost gelebt, die nur aus Brot, Kartoffeln, Kohl, Rhabarber und Aepfeln ohne irgendwelchen Zuschuß von besonderen Fettstoffen bestand. Die Menge des physiologisch verwerteten Fettes betrug im Mittel während der ganzen Zeit nur 2,1 bis 2,3 Gramm pro Tag. Eine noch fettärmere Kost dürfte sich kaum zusammenstellen lassen. Die Eiweißzufuhr war dabei reichlich, doch scheint sich auch bei einer noch geringeren Eiweißmenge Fett entbehren zu lassen, denn in einem anderen Versuch Hindhedes wurden nur 67 Gramm Eiweiß aus der Nahrung ausgenutzt, d. h. rund 1 Gramm pro Körperkilo und Tag. Der Gesundheitszustand der Versuchspersonen war nach 16 Monaten sehr gut. Dies zeigte eine genaue ärztliche Untersuchung. Bei Tieren — und zwar wurden Ratten für den Versuch benutzt — hat man allerdings früher festgestellt, daß sie ohne „Fett" nicht am Leben erhalten werden konnten. Hindhede erklärt diese Erscheinung aber dadurch, daß nicht das Fett als solches unentbehrlich sei, sondern die im Fett enthal-

„Die Revolutionsregierung ließ durch ein Revolutionswahlgesetz, das sie dem Volke aufzwang (!), die Nationalversammlung wählen. Deshalb können wir auch die Nationalversammlung und ebensowenig die Preußische Landesversammlung nicht als eine ordnungsmäßige Vertretung des deutschen Volkes anerkennen. **Darum kann es auch für Christen keinerlei Gewissensbedenken geben, wenn sie alles, was in ihrer Macht steht, versuchen, einem Befehl der deutschen Regierung, falls sie sich dazu entschließen sollte, zum Scheitern zu bringen.**"

Nach einem bekannten Bibelwort ist es Pflicht jeden guten Christen, der Obrigkeit untertan zu sein. Falls den Herren Pastoren der Versöhnungsgemeinde aber die Bibel nicht geläufig sein sollte, so kann man sie auch daran erinnern, daß es außerdem ein Strafgesetzbuch gibt, das die Aufreizung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt mit schwerer Strafe bedroht.

Winke für Steuerhinterzieher!

Der „Tana" wird von „zuständiger Seite" über die Wirkungen des Gesetzes über Steuernachsicht eine Berechnung zur Veröffentlichung übergeben, die den früheren Steuerdrückebergern den großen Vorteil anschaulich macht, den sie bei einer Berichtigung früherer falscher Vermögensdeklarationen haben und dessen Ausnützung nur „angelegentlichst empfohlen" werden kann. Wer früher statt des wirklichen Vermögens von 400 000 M. nur 200 000 Mark angegeben hat und am 30. 6. 1919 ein Vermögen von 800 000 M. besaß, kann, wenn er jetzt die frühere falsche Deklaration richtigstellt, **186 000 Mark auf Kosten der Staatskasse ersparen.**

Mit diesem Appell an die Geldliebe erhofft man „eine nachhaltige Förderung der Steuerehrlichkeit" und eine „Steigerung der Erträge der direkten Steuern". Das ist kaum ein Zeugnis von Menschenkenntnis. Wer nicht aus wirklicher Ehrlichkeit jetzt seine früheren Steuersünden beichtet, wird auch nicht durch diesen Köder zur steuerlichen Ehrlichkeit erzogen werden. Der einzelne wird nach unserer Kenntnis von Menschen und Dingen nur soweit sein Einkommen angeben, als die Möglichkeit einer Verschleierung nicht gegeben ist. Diese Rechnung wird manchen anreizen, seine früheren Sünden abzuwaschen, denn es kostet ihm nichts nur nichts, sondern bringt noch Geldgewinn zu Hunderttausenden. Und mancher, der früher sein Vermögen richtig angegeben hat, wird jetzt den Rechenstift zur Hand nehmen und ausrechnen, wieviel hunderttausend Mark er vor dem Fiskus retten kann, wenn er nun die Notlüge macht, er habe früher zu wenig Vermögen angegeben. Denn das Exempel kann auch anders gestellt werden; nämlich: wirkliches früheres Einkommen 200 000 M., durch Kriegs- und Revolutionsgewinne am 30. 6. 1919 ein kontrollierbares Vermögen von 800 000 M., dafür fällige Steuern 428 000 M., bei der nun unwahrerweise abgegebenen Behauptung, daß das frühere Vermögen 400 000 statt 200 00 M. betragen habe eine Steuerersparnis von 186 000 M.

Total: für 186 000 M. kann man schon mal ehrlich sein. Für diese Summe kann man auch verdienen, wenn man eine frühere Ehrlichkeit durch eine schöne Lüge korrigiert. Das ist „Steuerehrlichkeit".

Kapitalertragsteuer und Kleinrentner.

Bekanntlich hat der Generalredner unserer Partei zu den Steuervorlagen zuerst mit aller Energie betont, daß die Interessen der Kleinrentner schonend behandelt werden sollen. In diesem Sinne haben auch unsere Vertreter in der Steuerkommission gewirkt. Viele Vorteile, die den Kleinrentnern gesichert wurden, sind den Bemühungen unserer Vertreter im Steuerausschusse zu danken. Trotzdem erhalten die sozialdemokratischen Mitglieder der Steuerkommission zahlreiche Zuschriften aus Rentnerkreisen, worin Beschwerde über die einschneidenden Wirkungen der Steuergesetzgebung auf die Rentner geführt wird. Es ist nicht zu leugnen, daß das Leben kleiner und mittlerer Rentner starke Einengungen erfahren muß, weil erhebliche Beträge an Steuern abgeführt werden müssen. Aber, alle Privatwirtschaften, auch die der Arbeiter, müssen sich starke Abgaben an das Reich auf Grund der Steuergesetzgebung gefallen lassen. Am wenigsten Anlaß zur Klage haben die Rentner. Wenn das Reich nicht so energisch alle, auch die kleinsten Kapitalerträge erfassen würde, müssen sie sich sagen, daß es dann unmöglich wäre, Kriegs- und sonstige Reichsanleihen, wie auch die staatlichen Anleihen zu verzinsen. In diesem Falle würde es überhaupt kein Rentnereinkommen mehr geben, die Kleinrentner würden also erheblich mehr geschädigt werden, wenn das von ihnen beanspruchte Existenzminimum, das in manchen Zuschriften sehr hoch gegriffen ist, unbesteuert bliebe. Dann würden sie Steuern ersparen, aber sie würden keine Renten beziehen, was für sie weit betrüblicher wäre, als der heutige Zustand.

Das deutsche Volk muß sich klar werden, daß nach dem unsere Volkswirtschaft erschöpfenden Kriege und bei den stets wachsenden Ausgaben des Reiches mit sehr hohen Steuern gerechnet werden muß. In jeder Eingabe an die Steuerkommission, in jedem Briefe an die Mitglieder der Steuerkommission wird gerade die Besteuerung dessen als besonders ungerecht bezeichnet, der die Eingabe oder den Brief schreibt. Das deutsche Volk muß sich endlich mit dem Gedanken vertraut machen, daß alle, abgesehen von den Beziehern der kleinsten Einkommen, Steuern leisten müssen.

Das Landessteuergesetz im Ausschuß.

Am Freitag beschäftigte sich der Steuerausschuß der Nationalversammlung mit der wichtigen Frage wie das Aufkommen der Reichseinkommensteuer zwischen Reich, Land und Gemeinden verteilt werden soll. Der Entwurf sah dafür eine Staffelung nach der Größe des Einkommens in den einzelnen Ortschaften vor. Sie wurde besonders von den Vertretern der Einzelregierungen als undurchführbar bezeichnet. Aus der Fülle der Abänderungen erlangte schließlich der folgende Antrag Heine (Dem.) die Mehrheit, nachdem Reichsfinanzminister Erzberger sein Einverständnis damit erklärt und Abg. Simon-Schwaben (Soz.) sich ebenfalls dafür ausgesprochen hat.

„Die Länder und Gemeinden werden an dem Ertrage der Reichseinkommensteuer mit zwei Dritteln des Aufkommens beteiligt.

Von den Steuern, die das Reich an Stelle der allgemeinen Einkommensteuer von nicht physischen Personen erhebt, erhalten die Länder und Gemeinden die Hälfte."

Der § 28 räumt den Gemeinden das Recht ein, den auf sie selbst entfallenden Teil der Reichseinkommensteuer unerhoben zu lassen, wenn sie keinen Bedarf haben und das Land dagegen keinen Einwand erhebt.

§ 29 ermöglicht den Gemeinden eine Steuer von demjenigen Mindesteinkommen zu erheben, das von der Reichssteuer nicht erfaßt wird. Er wurde mit folgendem Zusatz Keil (Soz.) angenommen:

„Ein Einkommen von 1500 Mark und weniger bleibt von dieser Gemeindesteuer frei."

Der nächste Satz wurde in folgender Fassung angenommen:

„Die Steuer darf für Personen, die nicht einkommensteuerpflichtig sind, den für die unterste Stufe der Reichseinkommensteuer geltenden Prozentsatz für einkommensteuerpflichtige Personen den höchsten Prozentsatz nicht übersteigen, mit dem sie zur Reichseinkommensteuer herangezogen sind."

Die Bestimmungen des Gesetzes, welche den Ländern und Gemeinden bestimmte Anteile an der Erbschaftssteuer (20 Proz.) an der Grundwechselsteuer (50 Proz., ev. 25 Proz.) und an der Umsatzsteuer wurde angenommen. Bei der letzten Steuer blieb es trotz entgegenstehenden Erhöhungsanträgen bei 5 Proz. für die Gemeinden.

Bei den Bestimmungen über den Lastenausgleich wurde folgende Fassung Blunck (Dem.) angenommen:

„Die Länder sind gehalten, bis zum 1. April 1921 für einen Lastenausgleich unter ihren Gemeinden und Gemeindeverbänden insbesondere auf dem Gebiete der Schul- und Polizeilasten zu sorgen."

Die Bestimmung, welche Sätze des Landessteuergesetzes nur mit Zweidrittelmehrheit abgeändert werden können, wurde gestrichen und damit die erste Lesung des Gesetzes beendet.

Wirtschaftskarten und Ablieferung der Landwirte.

Wir veröffentlichen nachstehende Ausführungen eines als „Revisor" in der Getreidebewirtschaftung praktisch tätigen Lesers:

„Das System der Bewirtschaftung beruht auf sogenannten „Wirtschaftskarten", die bei den einzelnen Kommunalverbänden, über jeden Besitzer und seinen Besitz geführt werden. Aus diesen Wirtschaftskarten geht hervor, wieviel Acker bebaut ist, mit welchen Fruchtarten, und welche Menge ausgesät ist. An Hand dieser Wirtschaftskarten läßt sich ohne weiteres feststellen, was der Landwirt ausgesät hat und infolgedessen auch ungefähr nachrechnen, was er ernten muß. Wenn nun an Hand dieser Wirtschaftskarten von jeder Kommune aufgestellt wird, was sie an Getreide aufbringen kann, so kann durch Sachverständigenkommissionen, wie es auch bisher geschehen ist, der tatsächliche Ernteertrag an Hand dieser Aufstellungen festgestellt werden. Nachdem solches geschehen ist, muß den einzelnen Besitzern aufgegeben werden, welche Mengen sie an die Kommune abzuliefern haben, resp. müßte, um das Solidaritätsgefühl zu heben, und um säumige Landwirte durch ihre eigenen Genossen dazu zu bewegen, den betreffenden Gemeinden resp. Gutsbezirken aufgegeben werden, welche Menge Getreide sie abzuliefern haben.

Sobald die Gemeinden ihre Ablieferungspflicht erfüllt haben, sollte es den Besitzern frei stehen, mit dem übrigen Getreide zu schalten und walten, wie sie wollen. Dadurch, daß die Gemeinde die Ablieferungspflicht auferlegt erhält, kann sie bei ihren einzelnen Besitzern Ausgleiche in der Getreideart, die abzuliefern ist, vornehmen, so daß, wenn z. B. ein Besitzer, dessen Ernteertrag in Hafer größer gewesen ist als er nach der Schätzung hätte sein müssen, dagegen in Roggen einen geringeren Ertrag geerntet hat, er mehr Hafer abliefern kann und weniger Roggen, selbstverständlich in einem entsprechenden Verhältnis des Nährwertes. Darüber hinaus muß es auch den Gemeinden gestattet werden, eine Körnerart, von der weniger geerntet ist, durch eine andere Körnerart, von der mehr geerntet ist, zu ersetzen.

Durch diese Maßregel würde einmal das Reich wissen, mit welchen Mindestmengen es rechnen muß, zweitens würden die Klagen über die Zwangswirtschaft aufhören, da mit den überschießenden Getreidemengen der Besitzer tun und lassen kann, was er will. Der sehr kostspielige und heute doch kaum noch zu einem Ziele führende Apparat der Ueberwachung der Verfütterung von Brotgetreide für Vieh würde wegfallen, die Ueberwachung der Mühlen würde ebenfalls überflüssig sein, die Besitzer können ihr Getreide ausmahlen lassen, wie sie es wollen, und die Beamten könnten, soweit sie dazu fähig sind, für die Abschätzungskommission verwandt werden. Ferner käme das Verbot des Verfütterns von Getreide in Fortfall und es würde dadurch, daß manche Besitzer durch sparsames Füttern der Pferde resp. durch Ueberschuß an Kleie usw. Ersparnisse machen würden, diese der Fleischproduktion, resp. der Milchproduktion zugute kommen. Vor allen Dingen würden aber auch die Klagen gegen das Zwangssystem von seiten der Erzeuger aufhören, die Lust an der Produktion würde dadurch gehoben werden, während auf der anderen Seite die Rationierung doch bestehen bleiben würde, und die in Frage kommenden Stellen genau wüßten, mit welchen Kopfmengen sie zu rechnen haben. Man kann wohl sagen, daß nach Ansicht vieler maßgebender Leute, sowohl in Erzeuger-, wie in Verbraucherkreisen, dieses die einzige Möglichkeit wäre, zu einer für alle Teile befriedigenden Lösung zu kommen. Daß man selbstverständlich dann die Landwirte, die ihre Ablieferungspflicht nicht erfüllen, **mit schweren Strafen** belegen müßte, ist wohl nicht nötig zu erwähnen, doch glaube ich, daß es in keinem Falle dazu kommen würde, denn sonst hätten ja diejenigen Recht, die den Landwirten alles vaterländische Empfinden absprechen wollen.

Um nun sofort für die Bevölkerung das Getreide herauszubekommen, was sie bis zur neuen Ernte braucht, vorausgesetzt natürlich, daß in den Erzeugerkreisen viel Getreide daliegt, müßten die einzelnen Kommunen angewiesen werden, an Hand der Wirtschaftskarten den Besitzern mitzuteilen, wieviel ihnen bis zur nächsten Ernte noch zusteht, d. h. wieviel sie für sich als Selbstverbraucher, für ihre Leute als Deputat und für ihr Vieh behalten dürfen, und auf den einzelnen Gehöften öffentlich angeschlagen werden, was der Besitzer noch für sich zurückhalten darf. Diesen Vorschlag mache ich deshalb, weil ich in meiner Praxis vielfach gefunden habe, daß die Besitzer behaupten, sie wüßten nicht, wieviel sie für sich zurückbehalten dürfen und was sie abzuliefern verpflichtet sind. Den öffentlichen Anschlag wähle ich, damit die Arbeiter selbst miteingreifen können, um säumigen Besitzern, die nicht wissen, welchen Verrat sie an ihren eigenen Volksgenossen üben, dadurch, daß sie das Getreide zurückhalten, sie diese dazu anhalten und den Besitzern bei einer Revision jede Ausrede genommen ist. Nachdem eine kurze Spanne Zeit, die für die straffreie Ablieferung des Mehrbestandes zu stellen wäre, verstrichen ist, müßten von sachverständigen Leuten, Revisionen bei den Besitzern vorgenommen und diejenigen unnachsichtlich zur Rechenschaft gezogen werden, die ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind.

Wenn bei den amtlichen Stellen der energische Wille zur Durchführung vorhanden ist, so dürfte es nicht schwer halten, das noch vorhandene Getreide für die versorgungsberechtigte Bevölkerung herauszubekommen, namentlich wenn der Erzeuger sieht, daß **wirklich mit Strenge und unnachsichtlichen Strafen** bei Pflichtvergessenheit vorgegangen wird."

Wer in der Praxis Erfahrungen gesammelt hat, der weiß, welche grenzenlosen Ungerechtigkeiten heute bei der Innehaltung der Ablieferungsverpflichtungen bestehen. In den Wirtschaftskarten ist ein ausgezeichnetes Kontrollmittel geschaffen worden, das aber wertlos ist, wenn es nicht voll und ganz zur Anwendung gebracht wird. Sehr oft ist es so, daß der ehrliche und seiner Verantwortung sich bewußte Landwirt der Hineingefallene ist, weil man die betrügerischen Nachbarn glatt laufen läßt. Leider ist auch ein Teil der Beamtenschaft unzuverlässig geworden. Werden die Wirtschaftskarten richtig geführt und wird nach ihnen die Ablieferung durchgeführt, dann sichern sie Gerechtigkeit, die die anständigen Landwirte befriedigen würde. Die Wirtschaftskarten werden auf den Landratsämtern geführt. In welchem Zustand sie sich zurzeit befinden, entzieht sich unserer Kenntnis. Leider werden den Kontrollbeamten die allergrößten Schwierigkeiten bereitet entweder durch Widerstand oder durch zu großes Entgegenkommen. Würde es gelingen, einen zuverlässigen Stab von Kontrollbeamten, die Sachverständige sein müssen, zur Verfügung zu haben, würde das Mittel der öffentlichen Bekanntgabe der betrügerischen Produzenten und Händler schonungslos zur Anwendung gebracht, durch Strafen endlich wieder die staatliche Autorität gesichert werden, dann würden sich die ehrlichen und anständigen deutschen Landwirte wieder gesichert fühlen und dem Volke die Produkte zugeführt werden können, auf die es Anspruch hat. Der Grund und Boden ist ein Monopol, er kann nicht vermehrt werden. Das gesamte Volk ist auf die Erträgnisse des Heimatbodens angewiesen. Daher sind es die schwersten Verbrechen, wenn die Verwalter dieses dem gesamten Volke gehörenden Bodens aus Profitgier ihre Pflichten verletzen. An die Landarbeiterschaft wenden sich die städtischen Arbeitsgenossen, ihnen zu helfen. Die Landarbeiter und Beamten wissen, wo die ehrlichen Landwirte und wo die „Spitzbuben wohnen. Helft mit allen Kräften den ehrlichen Landwirten, denn sie müssen mithelfen, den Kampf gegen die Verräter am deutschen Wirtschaftsleben aufzunehmen.

Kleine politische Nachrichten.

Genosse Scheidemann ist gestern aus Kassel hier eingetroffen, um an den bevorstehenden parlamentarischen Konferenzen und an der Fraktionssitzung teilzunehmen. Darüber wird in der Presse mancherlei orakelt. Selbstverständlich hat Gen. Scheidemann hier auch schon mit Freunden Besprechungen gehabt und worüber dabei gesprochen wurde, ist auch nicht schwer zu erraten. Alles weitere ist Spiel der Phantasie.

Nationale Kundgebung oder Parteigeschäft? Von einer großen nationalen Protest-Kundgebung gegen die Auslieferung in Hannover weiß die „Post" zu berichten. Redner war der deutschnationale Abgeordnete Traub. Am Schluß wurde eine Resolution angenommen — gegen die Auslieferung? O nein! sondern die Resolution besagt, daß die Nationalversammlung nicht mehr zu Recht bestehe und daß sofort Neuwahlen stattfinden müßten. Eine sehr sonderbare Protestkundgebung!

Kein Streik im Frankfurter Gastwirtsgewerbe. Uns wird aus Frankfurt telegraphiert: Der drohende Streik im Gastwirtsgewerbe kommt wahrscheinlich nicht zum Ausbruch, infolge einer Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, daß die zum 15. Februar ausgesprochenen Kündigungen nicht aufrecht erhalten werden sollen. Von einer Schließung der Betriebe wird ebenfalls Abstand genommen. Von Arbeitgeberseite wird darauf aufmerksam gemacht, daß die vom Reichsernährungsminister in Aussicht gestellte bessere Belieferung der Gastwirte noch nicht zur Wirkung gekommen sei. Ebenso wollen die Arbeitgeberverbände die zurzeit noch beschäftigungslosen 500 Kellner entsprechend beschäftigen.

Die Inschutzhaftnahme der Syndikalistenführer Fritz Kater und Rudolf Rocker wird uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt. Die Begründung des Schutzhaftbefehls liegt noch nicht vor. Wir erinnern daran, daß die sogenannten Syndikalisten jedes Mittel des Terrorismus grundsätzlich und scharf ablehnen.

Riesenunterschlagung bei der Gasanstalt Frankfurt a. M. Uns wird gedrahtet: Bei der Frankfurter Gasanstalt wurden Unterschlagungen von fast einer Viertelmillion Mark festgestellt. Der Schuldige ist ein seit 27 Jahren bei der Gasanstalt angestellter Buchhalter, der die Gasabrechnungszettel systematisch gefälscht hat.

Preiserhöhungen in der Kleineisenindustrie. Die Hufeisenvereinigung in Hagen hat mit sofortiger Wirkung die Preise um 105 M. pro 100 Kilogramm erhöht, so daß der Grundpreis jetzt auf 455 M. steht. — Der Verband für Axte und Beile beschloß Erhöhung der Aufschläge auf Inlandspreise von 100 auf 125 Proz., für Ausland auf 350 Proz. (bisher 150 Proz.)

---

tenen „Vitamine", die mit diesem entzogen wurden. Solche „Vitamine" sind als lebensnotwendig bekannt; sie brauchen aber nicht aus dem Fett zu stammen, sondern sind vor allem in frischen Gemüsen reichlich vorhanden. Da bei den Hindhedeschen Versuchen frisches Gemüse und Obst genommen wurde, konnte kein Mangel an Vitaminen eintreten.

Wenn diese Resultate durch weitere Experimente bestätigt werden, dürfen sie doch nicht ohne weiteres verallgemeinert werden. Außerdem ißt der Mensch nicht bloß, um sich am Leben zu erhalten, sondern will auch Genuß und Anregung davon haben.

Eine Ausstellung künstlerischer Techniken schlägt der Berliner Bild auer Friedrich Seidenstücker als Anregung für die Große Berliner Kunstausstellung in der „Werkstatt der Kunst" vor. Er möchte der heranwachsenden Kunstjugend nützen. Sein Vorschlag besteht darin, an geeigneter Stelle, also in Berlin, in passenden Ausstellungsräumen, eine Vorführung möglichst aller in Frage kommenden künstlerischen Techniken vorzunehmen. Man solle dort das Zeichnen, Malen, Modellieren, Bronzegießen, Steinhauen usw. zeigen und zwar solle nach Möglichkeit an Ort und Stelle in den einzelnen Zweigen gearbeitet werden. Er glaubt, daß es gelingen würde, größere Firmen dafür zu gewinnen, für einige Zeit einen kleinen Teil ihres Betriebes dorthin zu verlegen. Neben der praktischen Vorführung soll dann jedes Erzeugnis in mehreren Herstellungsstadien nach demselben Modell der Reihenfolge nach ausgestellt sein. Seidenstücker verspricht sich von solcher Ausstellung auch die Wirkung, daß das Publikum sich auf solche Weise erneut für die Kunst interessieren und auf solider Grundlage zu frischem Verständnis für die Kunst kommen möchte. Auf drei Ausstellungen solle nach und nach die ganze Reihe der künstlerischen Techniken gezeigt werden. Daß die Zugkraft der Großen Berliner dadurch verstärkt werden würde, nimmt Seidenstücker nicht zu Unrecht an.

Max Hesdörffer, der bekannte Gartenbaufachmann, ist — wie wir erst jetzt erfahren — am 8. Januar, noch nicht 56 Jahre alt, einem Schlaganfall erlegen. Er war auf seinem Gebiet eine anerkannte Autorität: seine Laube brachte die prachtvollsten Früchte und den schönsten Blumenflor hervor. Als Herausgeber der „Gartenwelt" und zahlreicher praktischer Anleitungen hat er Mustergültiges geschaffen. Unsern Lesern hat er viele Jahre hindurch mit Rat und Tat zur Seite gestanden; die humorgewürzten Monatsübersichten für den Laubenkolonisten schrieb er für uns, bis ihm zunehmende Kränklichkeit die Mitarbeit verbot. Die Laubenkolonisten haben in ihm einen treuen und hingebenden Freund ihrer Sache verloren.

Musik. Im Sonntagskonzert des Blüthner-Orchesters am 8. Februar wird Carola Zellenka das Violinkonzert (D-dur) von Paganini mit Orchester zum Vortrag bringen. — Am 8. Februar, 7½ Uhr, findet in der Garnisonkirche eine Aufführung des „Elias" durch den Oratorienverein statt mit Cornelius Bronsgeest in der Titelpartie.

Expressionistische Kunst in der Stadthalle. Sonntag, nachmittags 4 Uhr, veranstaltet die Arbeiter-Kunsthausstellung einen Vortrag von Adolf Behne über: „Die neue Kunst". Ernst Friedrich rezitiert „expressionistische Dichtungen".

Gewerkschaftsbewegung

Abbruch des Streiks in der Damenkonfektion.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte am Freitag mittag eine Massenversammlung der streikenden Damenkonfektionsarbeiter und -arbeiterinnen. Schumacher, der den Situationsbericht erstattete, sagte unter anderem: Vor acht Tagen seien 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Damenkonfektion mit Begeisterung in den Streik getreten, um ihre über den Schiedsspruch hinausgehenden Forderungen durchzusetzen. 18 Firmen haben infolge des Streiks die Forderungen bewilligt. Andere Firmen haben der Streikleitung durch dritte Personen anbieten lassen, sich mit ihnen dahin zu verständigen, daß sie die Differenz zwischen den geforderten Löhnen und denen des Schiedsspruchs in Form von Prämien zahlen. Das hat die Streikleitung abgelehnt, da sie nur auf eine unumwundene Anerkennung der Forderungen eingehen kann.

Inzwischen hat die Begeisterung der Streikenden nachgelassen. Bei einem Teil derselben habe sich unter dem Einfluß der Arbeitgeber Neigung gezeigt, die Arbeit zu den Bedingungen des Schiedsspruchs wieder aufzunehmen. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse hat die Streikleitung den Hauptvorstand des Schneiderverbandes veranlaßt, Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband anzuknüpfen. Die Verhandlungen haben am Donnerstag stattgefunden. Der Arbeitgeberverband war nicht zu bewegen, über den Schiedsspruch hinauszugehen. Nur in einem Punkt war der Arbeitgeberverband unter der Voraussetzung, daß die Streikleitung sich für die Anerkennung des Schiedsspruchs erklärt, zum Entgegenkommen bereit, nämlich in der Beseitigung der erheblichen Differenz zwischen den Löhnen der Ausfertigerinnen und der Zuarbeiterinnen. Diese beiden Kategorien sollen unter der Bezeichnung „Hilfsarbeiterinnen" die gleichen Löhne erhalten, und zwar 102,88 M. in der ersten, 93,15 M. in der zweiten, 85,50 M. in der dritten Klasse.

Im übrigen werden nach den Bestimmungen des Schiedsspruchs die Stücklöhne um 110 Proz. erhöht. Die Löhne betragen 102,88 bis 193,37 M. in der ersten, 93,15—175,95 M. in der zweiten, 85,50—161,60 M. in der dritten Klasse. Für die ersten Muster wird ein Aufschlag von 10 Proz. gezahlt. Höhere Löhne dürfen nicht gekürzt werden. Schließlich ist noch vereinbart worden, daß Maßregelungen wegen des Streiks nicht vorgenommen werden dürfen.

Die Streikleitung empfiehlt, dem Schiedsspruch mit der angeführten Aenderung zuzustimmen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Da die Löhne des Schiedsspruchs den gegenwärtigen Verhältnissen in keiner Weise entsprechen, empfiehlt die Streikleitung, die Branchenleitung und die Ortsverwaltung zu beauftragen, neue Forderungen auszuarbeiten, sie einer Mitgliederversammlung vorzulegen und dann den Arbeitgebern einzureichen.

Nach langer Diskussion wurde der Vorschlag der Streikleitung in geheimer Abstimmung mit 1573 gegen 440 Stimmen angenommen.

Damit ist der Streik beendet. Die Arbeit wird sofort aufgenommen.

Generalversammlung der Schuhmacher.

Die Schuhmacher hielten am Mittwoch im Gewerkschaftshause ihre Generalversammlung ab. Den Kassen- und Geschäftsbericht erstattete an Stelle des in Haft befindlichen 1. Bevollmächtigten C. Vollmershaus Kollege Stockmann. Aus dem Rechenschaftsbericht der Hauptkasse ist zu ersehen, daß die Einnahmen und Ausgaben mit 121 367 Mark bilanzieren. An die Hauptkasse wurden 98226 M. 57 Pf., an die Lokalkasse 8755 M. 11 Pf. abgeführt; 6687 M. 40 Pf. wurden an Arbeitslosenunterstützung und 5764 M. an Krankenunterstützung ausbezahlt. Groß war die Fluktuation der Mitglieder. Während des Geschäftsjahres traten 8339 Mitglieder dem Verbande bei, 2106 Mitglieder mußten gestrichen werden, hauptsächlich wegen restierender Beiträge. Die Tätigkeit des Vorstandes war infolge der fortwährenden Lohnbewegungen eine umfangreiche.

Auf dem Gebiete der Agitation hat die unabhängige Ortsverwaltung fast gar nichts geleistet, so daß der größte Teil der im Berufe tätigen Kollegen und Kolleginnen der Organisation leider noch fernsteht. Dagegen haben es die Ueberradikalen unter Vollmershaus' Führung durchgesetzt, daß der „Vorwärts" nicht als Publikationsorgan benützt wird.

Da Vollmershaus nicht anwesend war, verzichteten die S.-P.-D.-Kollegen, ihre Kritik zum Ausdruck zu bringen und überließen bei der Neuwahl der Ortsverwaltung den „Himmelsstürmern" das Feld. Zum ersten, zweiten und dritten Bevollmächtigten wurden Stockmann, Löhler und Müller mit über 500 Stimmen gewählt. Zum ersten und zweiten Vorsitzenden wurden Blasert und Mattina bestimmt. Nach der Wahl der Revisoren und einer Beschwerdekommission wurde ein Antrag der Ballschuhmacher an den Verbandstag in Leipzig angenommen, in welchem die Abschaffung der Heimarbeit gefordert wird.

Nach kurioser Begründung eines Antrages wurde dem Verbandstage anheimgestellt, aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten.

Scharfe Kritik wurde an dem 1. Vorsitzenden Simon geübt, da er einem Manteltarif für die in den Reichsbetrieben Beschäftigten über die Köpfe der Kollegen zustimmte. In nächster Zeit wird sich eine Versammlung mit dem Rätesystem und dem Betriebsrätegesetz beschäftigen. Am Montag, den 9. Februar finden von 5—7 Uhr in 15 Lokalen und im Verbandsbureau von 9—1 und von 3—6 die Delegiertenwahlen zum diesjährigen Verbandstag statt.

Die S.-P.-D.-Kollegen haben den Genossen Weißenhorn als Kandidaten vorgeschlagen.

Zur Tarifbewegung im Versicherungsgewerbe.

Die Unternehmer des Versicherungsgewerbes haben es eilig, ihre Angestellten mit dem zwischen dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen und dem deutschnationalen Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellten abgeschlossenen Tarifvertrag zu „beglücken". Da die Herren ganz genau wissen, daß der bei dem Reichsarbeitsministerium beantragte Schiedsspruch auf alle Fälle die wirtschaftlichen Interessen der Angestellten besser wahrnehmen wird, als der von Unternehmerseite diktierte Tarifvertrag, suchen sie in der Zwischenzeit die wirtschaftliche Not der Angestellten auszunutzen, um eine Anerkennung des Tarifvertrages zu erzwingen. Bei einzelnen Versicherungsgesellschaften ist bereits am Freitag bekannt gegeben worden, daß die für die rückliegende Zeit, das heißt seit dem 1. Oktober v. J. auf Grund des Tarifvertrages nachzuzahlenden Beträge bereits am Montag, den 9. d. M., ausgezahlt werden sollen. Die Zahlung könne jedoch nur an diejenigen Angestellten erfolgen, die entweder dem vertragschließenden Gewerkschaftsbund angehören oder den Tarifvertrag als Grundlage ihres Dienstverhältnisses in rechtsverbindlicher Form anerkennen.

Um einige hundert Mark nachzuzahlender Gehaltszulagen zu erhalten, sollen die Angestellten einen Revers unterschreiben, der sie an einen Tarifvertrag bindet, dessen Inhalt zurzeit noch gar nicht einmal bekannt ist. Das Spiel der Unternehmer wird immer klarer. Monatelang haben sie die Verhandlungen hinausgezögert und den Angestellten Löhne gezahlt, die der Zeit durchaus nicht entsprechen. Nun nutzt man die große Notlage der Angestellten aus, um sie durch Unterschreiben des Reverses um ihre gerechten Forderungen zu bringen.

Angestellte, weist die Reverse entschieden zurück und vertraut eurer Organisation, nämlich dem Zentralverband der Angestellten. Euch wird nicht nur nichts verloren gehen, sondern ihr sollt so viel erhalten wie ihr gebraucht zum Leben als Mensch!

Sorgt dafür, daß die Kolleginnen und Kollegen für die kurze Spanne Zeit den Lockungen der Arbeitgeber geschlossen widerstehen, damit diese nicht über den gemachten Profit frohlocken können. Die Unterzeichner der Reverse würden es später selbst bitter bereuen müssen.

Lohnbewegung bei der Firma Ruhnke.

Zu dieser in der Mittwoch-Abendnummer des „Vorwärts" enthaltenen Notiz erhalten wir von der Direktion der Firma Ruhnke eine Erwiderung, worin betont wird, daß die Firma nach wie vor bereit sei, ihrem kaufmännischen Personal in den heutigen schweren Zeiten entsprechendes Gehalt zu gewähren. Im Gegensatz zu den Forderungen des Zentralverbandes der Angestellten halte es die Firma jedoch für richtig, bewährte und erprobte Kräfte, die lange Jahre in ihrem Dienst stehen, höher zu entlohnen als jüngst eingetretene. Wenn die Firma dementsprechend an eine ganze Anzahl von kaufmännischen Angestellten höhere Gehälter zahlen will, als der Tarif es vorschreibt, so nicht deshalb, um Zwietracht in die Reihen der Angestellten zu bringen, sondern nach Recht und Gerechtigkeit zu entlohnen. Die Erwiderung der Firma Ruhnke betont noch, daß sich der Arbeiterausschuß geschlossen hinter die Maßnahmen der Direktion stelle und es ablehne, die Anerkennung des vorgeschlagenen Tarifs für die kaufmännischen Kolleginnen zu befürworten.

Die Firma Ruhnke läßt bei ihrer Stellungnahme völlig außer acht, daß der Zentralverband der Angestellten unmöglich eine solche Lohnpolitik gutheißen kann.

Pflicht der Gewerkschaftsorganisation ist es, die Gehaltsregulierung nach bestimmten Grundsätzen zu fordern, da anders die Interessen der Angestellten gar nicht gewahrt werden können. Das kann aber nur nach bestimmten, festumgrenzten Tarifsätzen geschehen. Was fast überall in Geltung ist, muß auch bei der Firma Ruhnke einzuführen sein.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin. Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Das Gesicht der Etappe
Roman von Viktor Jungfer

Verlag von Fritz Würtz
Berlin-Steglitz 1 / Riga

2. Auflage (4.–13. Tausend)

„Es ist ein Kulturdokument." (Carl Hauptmann)

„Unter den Büchern, die sich, wenn man so sagen darf, mit der Kultur dieses Krieges beschäftigen, nimmt dieser Roman eine hervorragende Stelle ein." (Berliner Morgen-Zeitung)

„....gibt es uns einen köstlichen Schatz mit auf den Weg, in wenig Worten: ...steckt eine ungeheure Lebenskraft in unserem Volke. An die glaube ich, auf die vertraue ich. Und letzten Endes ist auch die Revolution nur eine Aeußerung dieser Lebenskraft." („Ostwacht", Allenstein)

Preis (mit Zuschl.) 8.50 M. – Halbleinenbd. 12.10 M. (Porto 40 Pf. extra)

Sozialdemokr. Verein Berlin (S. P. D.). 24. Abteilung.
Am Donnerstag, 5. d. M., verstarb unser Mitglied, der Schriftsetzer 851b
Robert Hornig.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 9. d. M. nachmittags 3½ Uhr, auf dem Elisabeth-Kirchhof, Prinzenallee, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Abteilungsleitung.

Nach langem schweren Leiden verschied am 3. Februar unser lieber Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Gastwirt
Robert Baack
Soldiner Straße, im 57. Lebensjahre. 857b
Die Einäscherung findet am Montag, den 9. Februar, abends 6 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Kranzspenden dankend verbeten.
D. trauernd. Hinterbliebenen.

Spez.-Behandlg.
Haut-, Harn-, Unterleibsleiden und nervöse Schwäche. Schnelle, sichere Behandlg., möglichst ohne Berufsstörung. 19jähr. Praxis.
Kühn, Andreasstr. 75, Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bhnh. Sprechst. 10-12, 5-7½. Sonnt. geschlossen.

Spezialarzt
Dr. med. Hasché [*
Friedrichstr. 90, direkt am Stadtbahnh.
Spr. 10–1, 5–8. Sonnt. 11–1.
Harn- u. Blutuntersuchung

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Oranienburger Tor
Spr. 11–1, 6–8, Sonnt. 11–1
Harn- u. Blutuntersuchung

Spezialarzt
Dr. med. Grütering
Haut-, Harn-, Unterleibsleid. b. Männ. u. Frauen, Bluturters.
Invalidenstraße 34, Ecke Chausseestr., Stett. Bhf. Spr. 11-1 u. 4½-6½. Sonnt. 11-12.

Ueber 1000 Atteste
bestät. d. heils. Wirkg. von San. Rat Dr. Strahl's Haussalbe bei Hautausschl., Flecht., Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen und dergl. Originaldosen 6,25, 12,— versendet „Elefanten-Apotheke" Berlin 204 SW 19, Leipziger Str. 74 (Dönhoffpl.)

Kranken- u. Sterbekasse der Bauarbeiter i. Berlin (Zuschußkasse.)
Sonntag, den 8. Februar 1920, vormittags 10 Uhr, bei Schulz, Am Königsgraben 2
Ordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresabrechnung des ersten Kassierers vom Jahre 1919. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats.
2. Festsetzung der Entschädigung für die Verwaltung.
3. Ersatzwahl des Vorstandes und Neuwahl des Aufsichtsrats. 281/16*
Der Vorstand.
J. A.: Heinrich Meßke.

Möbel
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
in jeder gewünschten Holz- und Stilart.
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
in großer Auswahl in bester Ausführung zu soliden Preisen.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.
Stolzmann Belle-Alliancestr. 100

Ia Kautabak
Rolle 95 Pf.
Zigarren
nur Qualitätsmarken
Zigaretten
aus reinem oriental. Tabak
Verkauf nur an Zigarrengeschäfte, Gastwirte und Kantinen. 845b
Max Millner
Zigarren - Großhandlung
BERLIN S. 42
Oranienstr. 161 1 Etg.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Alt-Metalle aller Art
kauft L. Wolff, Palisadenstraße 17, Seitenflügel, Keller. 52/10

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie.
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Sonntag, den 8. Februar 1920, vormittags 10 Uhr im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstraße 15:
Außerordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung: 226/10
1. Hat die Zentralstelle noch eine Existenzberechtigung? 2. Der Sozialistentag. 3. Verschiedenes.
220/13 Der geschäftsführende Ausschuß.

Nebenberuf
verhilft bei durchgreifender Organisation zum Ausbau einer dauernden Existenz! In allen Orten, Berufen und Parteien können unsere Vertrauensmänner wirtschaftl. Untergang aufhalten. Ausf. Zuschriften unter genauer Darlegung d. Verhältnisse m. Forderung d. Anspr. u. D. S. 526 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19.

Spezial-Behandlung
von Haut-, Harn-, Unterleibsl., Frauenleid., spez. veraltete hartnäckige Fälle, Schwäche; Salvarsan-Kuren. — Urin- u. Blutuntersuchungen, Licht- u. Finsen-Behandlung. Schnell, sicher, ohne Berufsstörung. Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren. Aerztliche Heilanstalt. 144/3*
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz. 9–1, 4–8, Sonntags 9–1.

Menthol-Dragées
ein Vorbeugungsmittel für Erkältungen, Grippe, Influenza.
Pelikan-Apotheke,
Berlin W 8, Leipziger Straße 93.

Alte Gebisse kaufe Alte Gebisse
Zahn 5 M. und höher, in Platin u. Gold bis 1000 M. *
Platin Gramm 100 M. u. höher. Mal-Brennstifte, Kontakte, Krampons, Drähte, Tiegel.
Gold alter Schmuck usw. Höchste Preise.
Emil Teichler, Belleallianceplatz 6a, II. prt.

MOEBEL
gegen Bar und Teilzahlung
in großer Auswahl zu billigsten Preisen.
Wohnzimmer, Schlafzimmer, farbige Küchen, einzel. Möbelstücke.
Größte Rücksicht!
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
M. Landwehr, Müllerstr. 7, I. direkt a. Weddingpl.
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.

Altmetalle
in Kupfer, Messing, Rotguß, Aluminium, Zinn, Zink, Blei, Abfälle und Späne. Quecksilber kauft zu äußerst hohen Preisen von Fabrikanten und Händlern *
„Metalleinkaufs-Centrale",
Berlin SO 16, Neanderstr. 15. Teleph.: Moritzplatz 667.

Verordnung über Brotgewichte und Brotpreise.

Auf Grund der §§ 58 und folgende der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 583) wird für den Bezirk der Stadt Berlin angeordnet:

A.

Die Verordnung vom 9. Februar 1917 wird wie folgt geändert:

1. Artikel I § 6 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Großbrot darf nur im Gewicht von 1900 Gramm,
Kleingebäck " " " " 50 "
Krankenbrot " " " " 1600, 1000 und 600 Gramm
hergestellt werden.

Gebäck darf nur abgegeben und entnommen werden, wenn es den Vorschriften des Abs. 1 entspricht. Dies gilt auch für die Abgabe an Wiederverkäufer.

Kleingebäck darf nur auf die über 50 Gramm lautenden Abschnitte der Brotkarte oder auf Reisebrotmarken abgegeben und entnommen werden.

2. Artikel II § 1 erhält folgende Fassung:

Der Gebäckpreis darf im Kleinverkauf nicht übersteigen:
Bei Großbrot im Gewicht von 1900 Gramm 224 Pf.
" Kleingebäck " " " 50 " 7 "
" Krankenbrot " " " 1900 " 222 "

Bei Abgabe des Gebäcks in Teilen dürfen Bruchteile von Pfennigen als volle Pfennige gerechnet werden.

B.

Die Verordnung vom 29. Dezember 1919 wird zu A 1. 2 aufgehoben.

C.

Diese Verordnung tritt am 9. Februar 1920 in Kraft.

Berlin, den 5. Februar 1920.

Magistrat.
Wermuth.

13206 Br. 1.

Vom 9. Februar ab verkehren wieder regelmäßig an allen Werktagen die Züge 301 Magdeburg ab 16,31 — Berlin Potsd. Bf. an 1,45 u. 370 Berlin Potsd. Bf. ab 7,31 — Magdeburg an 10,48. 130/10
Eisenbahndirektion Magdeburg.

Suche tüchtige 193/14
Holzbildhauer
Stundenlohn 4 M.
Möbelfabrik H. Siebeking, Minden i. W.

Blätterschellack
und Knochenleim kauft zum Selbstverbrauch, auch in kleinsten Mengen Henckelmann, Schöneberg, Cheruskerstr. 27, Laden. *

Handels- Kasten- Leiter- Wagen
Karren aller Art
Grundmann & Kuhn
Transportgeräte-Fabrik.
Cöpenicker Str. 73 u. 113.

Möbel
gegen bar zu soliden Preisen
Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohn-, Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
Teilzahlung gestattet!
Gebr. Kaßner
Bülowstr. 6 am Nollendorfplatz.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft [*
Ingenieurbureau Schlesing
Berlin W 9, Linkstr. 14.
Tel. Lützow 3708 und 5818.

Möbel
liefert gegen bar und auf Teilzahlung
zu billigsten Preisen:
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Farbige Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärts. Kriegsanl. nehme in Zahlg.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Zigaretten
Pro Mille von M. 120,— an
Zigarren 100 Stück Mark 70,— an
Beste Bezugsquelle f. Gastwirte
L. Manheimer, Berlin,
Bergmannstr. 1 (a. Kreuzberg).

Kupfer	per kg	13.50
Rotguß	" "	16.—
Messing	" "	10.—
Blei	" "	6.50
Zink	" "	3.50
Eisen	" "	0.60

bei größeren Posten mehr, zahlt *
Willy Seydlitz,
Neukölln, Elbestraße 4.
Tel.: 9805.
Filiale: Hermannplatz 4.

Kupfer	19.—	M.
Rotguß	16.—	"
Messing	10,50	"
Blei	6,50	"
Zink	5,35	"
Lagermetall	bis 31.—	

Zinn kauft Schlosserei Stallschreiberstr. 30. 8426*

Amerikan. Journale
für die Redaktionen der Parteiblätter mit besonders zweckmäßiger Liniatur, im Gebrauch sehr gut bewährt, vorteilhaft und preiswert lieferbar
Fritz Ellers junr. Bielefeld
Geschäftsbücherfabrik
Brieffach 166.

Umständehalber
verkaufe 4 starke Dänen, 1,68 groß, vollzährig, nicht pflastermüde, mit tierärztl. Attest, gesund und zugfest, 26000. Näh. Auskunft telephon. zu erfragen.
Meyer, Zigarren engros, Berlin, Mühlendamm 3. Zentrum 9043. 92/5

Bettnässen.
Befreiung sofort.
Alter u. Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. Aerztl. u. bestbewährte pat. gesch. Methode.
Institut Englbrecht
München B 387, Kapuzinerstr. 9

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht ang. Ausk. umsonst.
Sanis Versand, München.

Schrotmühlen,
Wirtschaftsmühlen für Haushalt, Landwirte und Tierhalter, für Hand-, Kraft- und Pferdebetrieb. Jede Größe am Lager. Fordert Preisliste mit Abbildungen umsonst.
Grude, Berlin, Vorlastr. 32 (Nähe Gesundbrunnen).

Gold Silber
in jeder Form und Menge kauft zu höchsten Tagespreisen
Silberzentrale
Gotzkowskystr. 13
u. Huttenstr. 38. 31/19*

Rein. Gänseschmalz

frische Landeier 5 Stück		9,80
frische Gänsekeulen	Pfd.	16,50
prima Mastputen	"	12,90
" Spickgans	"	20,—

Tasche, Belleallianceſtr. 96 u. Wilmersdorf, Bernhardstr. 15c.

Hochgradig abgemagerte Personen
(während des Krieges), die noch Photos aus fetten Jahren haben, wollen sich melden Köthener Str. 43, II. Stockw.

Edelmetalle
und Altmetalle Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, kauft höchstzahlend *
Metall-Einkaufs-Zentrale
Kottbuser Damm 66.
Amt Moritzplatz 135 80.

Schmalz Ia, Alle 30 M., beste holländ. Margarine 18 M., holländ. Zucker 17 M., versendet in Einsinapäckch. netto 2 Pfd. franko
B. Bockland, Köln.

Leim, Schellack
kauft jedes Quantum Drogerie Kurz, Berlin, Andreasstraße 75. Tel. Königst. 5.09

Alte Gebisse,
Zahn 12—100 M., Brennstifte kauft Uhrmacher Weidenburger Straße 32. Auch Sonntags.

Polnisch-preußische Spannung.

Debatte in der Preußischen Landesversammlung

114. Sitzung. Freitag, den 6. Februar 1920, mittags 12 Uhr.

Der Abg. Sellin (Soz.) ist gestorben. Der Abg. Laser-Angerburg (Dem.) hat sein Mandat niedergelegt.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die förmlichen Anfragen der Abgg. Graf v. Kanitz (D.-Nat.), sowie Frank (Soz.) und Frau Heiser-Jaquet (Soz.) über die Erschwerung des Verkehrs zwischen Ostpreußen und dem Reich durch die Polen.

Graf v Kanitz (D.-Nat.): Die Entente erstrebt den Ruin Deutschlands, und Polen hält sich nicht einmal an den Artikel 89 des Friedensvertrages. Die Polen haben die südliche Verbindungslinie Konitz—Dirschau—Königsberg in unerhörter Form unterbrochen, und dabei sind gerade die Polen in hohem Grade auf ein gutes Einvernehmen mit Deutschland angewiesen. Der Seeweg ist völlig unzureichend. Wir verlangen vom Auswärtigen Amt schärfste Gegenmaßnahmen und müssen zum Ausdruck bringen, daß Graf Herzfeld als Bayer für die Verhandlungen mit Polen nicht der rechte Mann ist. (Präsident Leinert bedeutet dem Redner, daß er sich der Sitte des Hauses fügen solle, nicht Beamte anzugreifen, die der Reichsregierung angehörten und sich hier nicht verteidigen können.) Ich werde den Herrn nicht mehr persönlich angreifen, darf aber wohl zum Ausdruck bringen, daß

ich als Preuße

es ablehnen würde, in örtlichen Angelegenheiten eines anderen Bundesstaates eine entscheidende Rolle zu spielen. (Beifall rechts.) Wir Ostpreußen verlangen vom Auswärtigen Amt, daß es telegraphisch in Warschau durchsetzt, daß die Linie Konitz—Dirschau—Marienburg sofort wieder freigegeben wird. Andernfalls würden wir uns das Recht auf Selbsthilfe nicht nehmen lassen.

Was wollten die Polen machen, wenn wir Zwangsmittel zur Anwendung bringen würden,

wie Sperrung des gesamten Eisenbahn- und Postverkehrs, Vorenthaltung sämtlicher deutscher Industrieerzeugnisse, Zurückberufung der deutschen Beamten? In Abwesenheit der Nationalversammlung halten wir es für unsere Pflicht und unser Recht, darauf zu dringen, daß Deutschland sich die Vergewaltigung durch Polen nicht gefallen läßt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frau Heiser-Jaquet (Soz.): Nach den ausführlichen Darlegungen des Vorredners kann ich mich kurz fassen. Wir müssen uns vor neuen Uebervorteilungen durch Polen schützen durch sehr ins einzelne gehende Verhandlungen und Bestimmungen.

Minister der öffentlichen Arbeiten Oeser: Ich habe nach den ersten Meldungen sofort Kommissare nach Danzig gesandt. Die Verhandlungen mit den polnischen Behörden sind im Gange und schon heute ist der Zustand besser geworden. Nach Artikel 89 des Friedensvertrages haben wir ein

volles Recht auf freien ungehinderten Verkehr

mit Ostpreußen. Spätestens ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages sollen wir mit Polen ein Uebereinkommen darüber getroffen haben. Bei den Polen zeigt sich eine zögernde und hinhaltende Taktik, und wir haben deshalb am 19. Januar in Danzig ein Provisorium abgeschlossen. Danach soll der Verkehr möglichst in der alten Form weitergehen, aber die Vereinbarung hat den fatalen Zusatz „soweit dringende militärische Gründe nicht eine zeitliche lokale Unterbrechung erfordern". Ein Hemmnis für den Güterverkehr bilden die militärischen Untersuchungen, die nur von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends vorgenommen werden, so daß des Nachts der ganze Güterverkehr eingestellt werden muß. (Hört! hört!) Nur die Kohlenzüge sind ohne Unterbrechung durchgelassen worden. Im Personenverkehr ist die Untersuchung außerordentlich rigoros, die scharfe Paßkontrolle mit Leibesuntersuchung und Fingerabdrücken widerspricht unbedingt dem Geist und Wortlaut des Friedensvertrages. Auf die Beschwerde des Auswärtigen Amtes ist von Warschau bisher noch keine Antwort gekommen. (Lebhaftes Hört! hört! und Unruhe.) Es sind deshalb Gegenmaßnahmen eingeleitet und es wird sich fragen, ob die deutsche Regierung unter diesen Umständen Vertreter zu weiteren Verhandlungen mit den polnischen Vertretern nach Paris entsenden kann. Um den jetzigen Schwierigkeiten zu begegnen, ist die Seeverbindung von Swinemünde aus eingeleitet worden, mit der schließlich auch Kohlen nach Ostpreußen befördert werden können. Damit wir auch im Telegraphenverkehr von Polen unabhängig werden, ist die Herstellung eines Seekabels nach Königsberg und funkentelegraphische Verbindung nach Ostpreußen vorbereitet. Im Personenverkehr haben wir bisher die nördliche Linie Stolp—Laurenburg aufrechterhalten, die Linie Konitz—Dirschau wird vielleicht schon heute freigegeben. Wir rechnen damit, daß es uns gelingen wird, bald alle Hemmnisse und schikanösen Bestimmungen zu beseitigen.

Unterstaatssekretär Göhre: Wir haben uns nicht lediglich auf die Bestimmung des Artikels 89 des Friedensvertrages verlassen, durch den Polen verpflichtet ist, völlige Durchgangsfreiheit zuzugestehen, vielmehr hat die Reichsregierung darüber hinaus durch Sonderabmachungen mit der polnischen Regierung Sicherungen für die Verbindung zwischen Ostpreußen mit dem Reiche zu erreichen gesucht. Zum Beispiel bestimmt Abkommen vom 22. Oktober, daß bei der Besetzung Danzigs der Verkehr mit Ostpreußen

auch nicht vorübergehend gesperrt werden darf.

Ferner ist am 16. und 17. Januar ein Abkommen zustande gekommen, daß im § 4 bestimmt, vom Zeitpunkt der militärischen Räumung und Besetzung ab soll der Eisenbahnverkehr möglichst unverändert fortbestehen. Nach § 9 sollen die beiderseitigen militärischen Befehlshaber verpflichtet sein, den Verkehr unbehindert zuzulassen. Schließlich ist am 9. Januar in Paris vereinbart worden, daß ohne Genehmigung der interalliierten Ausschüsse der Verkehr zwischen den Abstimmungsgebieten und dem Reich nicht gestört werden darf. Polen aber war ein Vertragsgegner, dem

der Begriff der Vertragstreue bisher noch völlig unbekannt

ist. (Bewegung.) Abgesehen davon werden alle Schritte dadurch erschwert, daß

in Warschau eine deutsche Vertretung nicht vorhanden

ist. (Hört, hört! — Zurufe: Warum nicht? Das Staatsministerium erhebt erst jetzt beim Auswärtigen Amt Vorstellungen, ob es nicht möglich ist, diese Vertretung so bald wie möglich zu schaffen. Das Auswärtige Amt hat bei der polnischen Regierung gegen die Verkehrssperrungen nachdrücklich Einspruch erhoben, sowohl durch Vermittlung der Schweizer Vertretung in Warschau, als auch unmittelbar bei dem polnischen Ministerium für die ehemaligen preußischen Gebiete in Posen. Bisher ist aber eine Antwort nicht eingelaufen. (Hört! hört!) Ueber die Grenzkontrolle und die Paßschikanen ist es bisher nicht gelungen, ein Einvernehmen herbeizuführen. In Danzig sind von der Reichsregierung verschiedene Versuche gemacht worden, die Polen über diesen Punkt an den Verhandlungstisch zu bringen; sie sind bisher immer ausgewichen. Es handelt sich nicht um spezifisch preußische, sondern um allgemeine Interessen; die Verhandlungen sind daher immer im Einvernehmen mit der preußischen Regierung geführt worden. Vor mehreren Tagen ist von der preußischen Regierung auch beim Auswärtigen Amt angeregt worden, daß von deutscher Seite Gegenmaßregeln ergriffen werden.

Diese spinnen sich auch ganz von selbst an.

Der Arbeitsminister hat z. B. am 30. Januar d. J. an die Eisenbahndirektion Danzig ein Telegramm gerichtet, in welchem die Direktion aufgefordert wird, den polnischen Behörden mitzuteilen, daß sich infolge der Sperrung des Durchgangsverkehrs durch die polnische Regierung so viel Güter angesammelt haben, daß der Güterverkehr von Schneidemühl nach dem Osten hat gesperrt werden müssen. Die Direktion solle nachdrücklich für die Freigabe des Durchgangsverkehrs eintreten. Auch das Auswärtige Amt teilt mir heute morgen mit, daß

weitere Repressalien erwogen

(Zurufe rechts: Erwogen?) und durchgeführt werden sollen. Ebenfalls wird erwogen, ob das Beamtenabkommen und ähnliche Verträge nicht so lange suspendiert werden sollen, bis die Polen ihren Verpflichtungen nachkommen. Aber diese Dinge müssen

reiflich überlegt

werden, denn es stehen dabei auch deutsche Interessen auf dem Spiele. Das Staatsministerium sieht die Aufrechterhaltung der Verbindung mit Ostpreußen als eine ihrer vornehmsten Pflichten an.

Auf Antrag Hergt (Dnat.) wird Besprechung der förmlichen Anfrage beschlossen.

Behrendt-Danzig (S) schließt sich dem Protest der Antragsteller gegen den Friedensvertrag an und schildert die Stimmung in Danzig. Das Reich muß dafür sorgen, daß die Verbindung mit dem Freistaat Danzig stets innig und freundschaftlich bleibt.

Eisenbahnminister Oeser: Von uns aus wird alles geschehen, um dem Freistaat Danzig das Gefühl des Verlassenseins zu nehmen. Für meine Verwaltung sichere ich der Danziger Messe eine genau so entgegenkommende Behandlung wie der Leipziger Messe zu. (Lebhafter Beifall.)

Winkler (Dem.): Es ist allerdings eine besondere Kunst, mit den Polen zu verhandeln. (Hört, hört!) Dafür sollte man in der Tat nur genaueste Kenner des Ostens verwenden. Wir raten der Regierung, nicht erst die Antwort aus Warschau abzuwarten, sondern

lieber gleich mit Zwangsmaßregeln

einzuschreiten. (Beifall.)

Dallmer (Dnatl.): Wir Ostpreußen werden uns die polnischen Uebergriffe nicht gefallen lassen.

Frau Pöhlmann (Dnat.): Das Verhalten der Polen ist für uns völlig unerträglich.

Peter-Elbing (Soz.):

Im Interesse der Arbeiterschaft muß das Wirtschaftsabkommen mit Polen durchgeführt werden.

Wenn die Regierung versagt, so verstärken sich die ostpreußischen Ablösungsbestrebungen.

Damit schließt die Aussprache.

Das Gesetz über Ermächtigung des Justizministers zu vorübergehenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Dienstaufsicht und

---

Parteigenossinnen und Genossen!

Sonntag, vormittags 9 Uhr, in Berlin und Vororten

wichtige Flugblattverbreitung.

Treffpunkt in den Bezirkslokalen.

Parteigenossen und Genossinnen, beteiligt Euch zahlreich an dieser Flugblattverbreitung. Es gilt, Klarheit zu verbreiten über die Schäden des Sozialismus, die darin liegen, wenn Parteifanatismus und Phrase über die Vernunft siegen. Keiner darf fehlen! Der Bezirksvorstand.

19]

Jan Krebsereuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen.

Aufgezeichnet von Hans Müller-Schlösser.

Als Tünnes einige Zeit dagesessen hatte, kam ihm plötzlich ein schrecklicher Gedanke. Am Ende ist der Jan, statt zurückzubleiben, voraufgelaufen und schon längst am Ziel bei den Heringen und — bei den Pflaumen!

Tünnes sprang auf und fing wieder an zu rennen und der Gedanke an die schönen Pflaumen, von denen er kaum eine einzige zu retten hoffte, trieb ihm die hellen Tränen in die Augen. Er kniff die Augen zusammen und zog den Mund in die Breite bis bald an die Ohren, bog die Mundwinkel ein paarmal rasch nach oben und nach unten, und dann knallte sein Gebrüll heraus, daß die Leute stehen blieben und ihm nachschauten. Man wollte ihn anhalten und mitleidig fragen, wer ihm etwas getan hätte, ob er etwas verloren hätte, ob seine Mutter ihm davongelaufen wäre, aber er riß sich los und rannte und schrie:

„Der Jan frißt mir die Pruhme! Die Pruhme! Der Jan!!"

Er rannte die Ratinger Straße hinunter, rannte an der uralten Lambertuskirche vorbei, deren schiefer, gewundener Turm das Wahrzeichen der Stadt ist, rannte das Kohlen- hinunter, über dessen Mäuerchen die Eckensteher und Sonnenbrüder mit dem Oberkörper lagen, sich laufen und flöhten und ihre zerkauten und ausgelaugten Priemen in den Rhein spuckten, schlüpfte durch die Kette der Sackträger, die ein Rotterdamer Schiff mit Kaffee ausluden, hatte gleich darauf das Zoll-Tor hinter sich, kam den Kranarbeitern, die schwere Ballen heraufwanden, zu nahe und erhielt noch rasch einen beschleunigenden Tritt, der ihn wieder in die Dammstraße hineinbugsierte. Mit der letzten Anstrengung schwankte er auf die aufgestapelten Zuckerkisten zu. Jan war nicht da! Tünnes stürzte auf das Versteck zu und hob mit zitternden Händen den Segeltuchzipfel in die Höhe — da lagen die Pflaumen rund um den Salzhering herum! —

Wo war Jan, der flinke und schnellfüßige Jan? Jan, der schlaue Jan, war hinter einer Karre, ungesehen von Tünnes, durchs Flinger Tor geschlüpft, um den ganzen, großen Bogen, den Tünnes noch laufen mußte, abzuschneiden und auf kurzem Wege zu den Pflaumen zu kommen. Er sprang über die unter Joachim Murat auf dem ehemaligen Hauptwalle angelegte Alleestraße und ließ das vor einigen Jahren erbaute Gymnasium hinter sich, dessen schlicht-feierliche, vornehm-ernste Formen ihm Zeit seines Lebens einen großen Respekt vor der Gelehrsamkeit einflößten. Hier thronten die heiteren Götter Griechenlands, hier donnerte Cicero gegen Catilina, hier lächelte der göttliche Horaz, hier mußte es sich der alte Homer gefallen lassen, daß man seine Hexameter bis zum Gerippe zerpflückte, hier tröstete sich Goethe an seinem Beispiel, wenn es seinem „Hermann und Dorothea" ebenso widerfuhr, hier herrschte die Logarithmentafel nach dem Grundsatze des Kaisers Caligula „odorint, dum metuant". „Mögen sie hassen, wenn sie nur fürchten!" Jan wußte zwar davon nichts, aber er ahnte doch, daß hinter den dicken Mauern mit den schlichten Fenstern das Gewaltigste auf der Erde, das Wissen, sein Zepter hielt.

Jan rannte die vom alten Hauptwalle nach der inneren Stadt abfallende Kommunikationsstraße hinab und bog in die Bolkerstraße ein, die geräuschvolle Straße des Kleinhandels. Da sah er vor dem Hause Nummer 53 eine fremde Familie stehen, Vater, Mutter, zwei Töchter und einen Sohn, alle so lang, daß Jan den Kopf in den Nacken legen mußte, um sie anschauen zu können. Der Vater, in karierten Hosen, so eng, daß sich die Kniescheiben abzeichneten, hatte den grauen Filzzylinder nach hinten geschoben und wischte sich mit einem großen nach „Esprit de Portugal" duftenden Taschentuche die Stirn ab, während er mit der anderen Hand ein kleines, rotes Buch hielt, aus dem er häufig den Blick hob und das Haus von oben bis unten beschaute. Die Frau, dünn und spitznasig, tippte in einem fort mit ihrer hornenen Stielbrille in das Buch und warf im eifrigen Reden den Mund durcheinander, daß es Jan vorkam, als hätte sie eine heiße Kartoffel im Mund, die sie rasch hin und her wälzte, um sich nicht die Zunge zu verbrennen, aber sich dadurch nicht hindern ließe zu reden. Auch der Reisefchfeier, der ihr, trotzdem sie ihn jedesmal hochschob, immer wieder bei ihrem energischen Kopfnicken über die Nase fiel, hinderte sie nicht am Reden, schien vielmehr ihren Eifer zu erhöhen. Die beiden Mädchen, dünn und lang wie Fischgerten, kicherten sich gegenseitig an und der Junge hielt eine unförmige Reisetasche aus Segeltuch in der Hand, und über die Schulter hing ihm ein wollenes Reisetuch, dessen lange Fransen die Erde berührten. Stumpfsinnig starrte er in eine Lache schmutzigen Wassers vor der Haustüre. Er gähnte, als ihm sein Vater die Reisetasche und das Tuch abnahm und beides ohne weiteres dem Jan aufhud. Er gähnte noch, als er seinen Eltern noch in die Haustüre hineinstolperte, und spürte nichts von dem göttlichen Odem der Musen, die in einem kleinen Zimmer des unscheinbaren, fast ärmlichen Hinterhauses an der Wiege des zwischen Lust und Leid, zwischen Gift und Güte schwankenden Dichters gestanden hatten, der uns einmal die zartesten, süßesten Liebeslieder und zugleich die frechsten, bittersten Sprüttereien hinterlassen sollte. Und die langen Mädchen kicherten, als der Vater ihnen mit dem roten Buche in der Hand den Kühnerwinkel zeigte, von dem Heine erzählt, daß sein Vater ihn darin eingesperrt hätte, wenn er Trauben genascht. Und die Mutter blinzelte durch ihre Stielbrille hinauf nach dem von Wein umrankten Fenster, durch das dem kleinen Harry zum ersten Male das Licht der Welt schien.

Jan hatte unterdessen das Reisetuch fein zusammengefaltet, auf den Türpel gelegt und sich drauf gesetzt; denn seine Mutter hatte ihn ermahnt, sich nie auf die bloßen Steine zu setzen. Jan saß sehr schön darauf, denn das Tuch war weiche, englische Wolle. Er überlegte, wo der Tünnes jetzt sein könnte. Sicher schon hinter dem Ratinger Tor und dann müßte er noch an der alten Bastion Elisabeth-Augusta vorbei, die jetzt Eiskellerberg hieß, weil die Metzger und Bierbrauer hier das aus den Stadtgräben im Winter gefischte Eis verstauten; wenn Tünnes dann noch um den Sicherheitshafen lief und die kurfürstliche Reuterkaserne hinter sich hatte, war es bloß noch ein Katzensprung bis zu den Pflaumen. Und Jan wurde unruhig und schaute hinter sich in den düsteren Korsgang hinein, ob die Fremden noch nicht kämen; da wurde die Hoftür geöffnet, und in dem hereinfallenden Sonnenlicht sah er die Familie kommen, voran den latschigen Jungen, der mit den Armen schlenkerte, als wären sie ihm bloß mit ein paar Reibstichen angeheftet. Der machte ein böses Gesicht, als er Jan auf der Reisedecke sitzen sah, und er gab ihm mit dem Fuß einen Stoß in den Rücken, was Jan falsch verstand und als Entgegnung ihm die Reisetasche vor die Schienbeine warf. Der Junge plumpste seiner ganzen Länge nach hin, schroppte sich im Fallen an seinen beiden Schwestern, die durch den unverhofften Ruck mit den Köpfen aneinanderstießen, laut aufschrien und anfingen zu weinen. Die Mutter ließ vor Schreck ihre Stielbrille fallen, deren Gläser auf dem steinernen Boden zersplitterten, suchte in holder Ohnmacht ihr Riechfläschchen und fiel, da sie es in der Hast nicht finden konnte, in ganze Ohnmacht, die dem vor Verwirrung erstarrten Vater Hilferufe erpreßten. Die Hausleute eilten herbei, Leute aus der Nachbarschaft kamen, und Jan machte, daß er in der Aufregung verschwand. Es war Zeit, denn als er sich an der Ecke der Kapuzinergasse noch einmal umschaute, sah er, wie einige Leute sich anschickten, ihm nachzulaufen.

„Habuh!" schrie er, streckte die Zunge heraus und rannte davon.

Als er bei den Zuckerkisten auf der Dammstraße ankam, war Tünnes nicht da.

„Böh," machte er verächtlich und wollte damit ausdrücken, daß er Tünnes' Schnelligkeit richtig eingeschätzt hatte. Mit triumphierender Ruhe schritt er auf das Versteck zu, hob den Segeltuchzipfel in die Höhe und fand — sechsundzwanzig noch speichelnasse Pflaumenkerne und das abgenagte Rückgrat der beiden Heringe!

(Forts. folgt.)

der Disziplinargewalt bei Ausführung des Friedensvertrages wird ohne Aussprache in dritter Lesung angenommen.

Nunmehr begründet **Herkenrath** (Z.) eine förmliche Anfrage über die Preisregelung für Saatkartoffeln.

Peters-Hochdonn (Soz.) begründet in Verbindung damit einen Antrag auf Förderung der Erzeugung und Einfuhr von künstlichem Dünger und Kraftfuttermitteln, auf Sicherung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte durch Abschluß von Tarifverträgen, auf Herstellung von Maschinen und Errichtung von Saatgutreserven.

Richtarsky (Z.) empfiehlt einen Antrag betreffend baldige Beschaffung von Saatgetreide.

Ein Regierungsvertreter führt aus, daß Höchstpreise für Saatgut sehr große Schwierigkeiten bieten. Eine Ueberschreitung der Richtpreise würde gegen die Wucherverordnung verstoßen.

An der Besprechung beteiligen sich die Abgeordneten **Witt** (Dnat.), **Held** (D. Vp.), **Siemen** (Dem.), und **Mehrhof** (U. Soz.), worauf die Anträge dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen werden.

Es folgt die förmliche Anfrage **Boelitz** (D. Vp.) über einen Erlaß des Kultusministers betreffend die Lehrbücher der Geschichte.

Zur Begründung führt **Boelitz** (D. Vp.) aus, daß der Erlaß des Kultusministers die Monopolisierung der Lehrbücher fördere. Durch den Erlaß würden die deutschen Verleger schwer geschädigt.

Ministerialdirektor **Jahnke**: Ein Lehrbuch, das den Ergebnissen der neueren Geschichtsforschung um Jahrzehnte nachhinkt, kann dem Schulbedürfnis nicht genügen. Dem Minister ist es gar nicht eingefallen, mit seinem Erlaß die Lehrer zu zwingen, ein ihrer Weltanschauung widersprechendes Buch zu benutzen. Die alten Bücher können nach wie vor benutzt werden, nur im Klassenunterricht: nicht. (Heiterkeit rechts.) Der gute tüchtige Lehrer kommt auch ohne Lehrbuch aus.

Die Besprechung der Anfrage wird beschlossen, aber auf Antrag **Porsch** (Z.) vertagt.

Nunmehr begründet **Lüdemann** (Soz.) einen Antrag auf Errichtung volkswirtschaftlicher Mittelschulen, nach Art der technischen Mittelschulen, z. B. der Maschinenbau- und Baugewerkschulen. Sie könnten dazu dienen, Arbeitern und Angestellten in steigendem Maß die Beteiligung an der berufsmäßigen Verwaltung sozialer und wirtschaftlicher Angelegenheiten zu ermöglichen. Die Studienzeit sollte 2 bis 3 Jahre dauern. Lehrgegenstand müssen sein Volkswirtschaft, Sozialwissenschaft, Rechts-, Gesetzes- und Verwaltungskunde. (Beifall.) Es müsse vermieden werden, daß bei der Sozialisierung wieder der Assessorismus einreißt.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. **Martin** (Dnat.) wird der Antrag dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.

Hierauf schlägt der Präsident Vertagung vor bis zum 3. Februar.

Zur Geschäftsordnung gibt **Hergt** (Dnat.) namens seiner Fraktion dem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Landesversammlung in diesem Augenblick auseinandergehe. Im Aeltestenrat seien seine Freunde leider mit ihren Bedenken allein geblieben.

Präsident **Leinert**: Im Aeltestenrat ist einstimmig beschlossen worden, daß die nächste Sitzung am 18. Februar stattfinden solle. Eine frühere Sitzung soll stattfinden, wenn das der Präsident für nötig hält oder 3 Mitglieder des Aeltestenrats das beantragen. Ich verstehe nicht, wie dem gegenüber von einer Fraktion des Hauses Einwände erhoben werden.

Porsch (Z.): Da morgen die Fraktionsführer der Nationalversammlung zusammentreten und am Montag der auswärtige Ausschuß, so hat sich die Lage doch etwas verändert. Mit meiner früheren Auffassung, daß wir weiter tagen sollen, bin ich allein geblieben und auch Herr Hergt hat mich nicht unterstützt. (Hört, hört!)

Friedberg (Dem.): Ueber den Antrag der Deutschnationalen bin ich um so mehr erstaunt, als diese Fraktion im Aeltestenrat der Vertagung positiv zugestimmt hat. Der Protest fällt auf seine Urheber zurück. (Sehr richtig!)

Gräf-Frankfurt (Soz.): Die Deutschnationale Volkspartei hat die Not des Vaterlandes mit verschuldet und nutzt sie jetzt agitatorisch aus. (Beifall b. d. Mehrheit. — Widerspruch rechts.)

Hergt (Dnat.): **Jede Parteiagitation liegt uns völlig fern.** (Stürmisches Gelächter.)

Mehrhof (U. Soz.): Ich schließe mich den Rednern der Mehrheitsparteien an und richte an die Rechte die Warnung, diese Angelegenheit nicht wieder zu einer niedrigen Parteiagitation auszunutzen. (Lebhafter Beifall.)

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte stellt

Präsident **Leinert** fest, daß die Vertagung notwendig sei, um den Ausschüssen, namentlich dem Ausschuß für Groß-Berlin Gelegenheit zur Förderung ihrer Arbeiten zu bieten. Das sei auch der eigentliche Anlaß zur Vertagung gewesen.

Es bleibt bei dem Vorschlag des Präsidenten. Schluß: 6½ Uhr.

Kessel vor Gericht.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Vors.: Nun zu Marlohs Flucht. — **Angekl.**: Ich hatte zwei- bis dreimal mit Marloh über seine Flucht gesprochen. Er kann also nicht sagen, daß ich einen fortgesetzten Druck auf ihn ausgeübt habe. — **Vors.**: Wann haben Sie den Entschluß zu Marlohs Flucht gefaßt? — **Angekl.**: Es war Mitte Mai. Ich sprach mit meinem Adjutanten Leutnant Hofmann darüber und mag ihm gesagt haben, daß ich mit Marloh überworfen habe. Ich habe Hofmann damals auch gesagt, ich wolle mit der Sache nichts mehr zu tun haben und gab Leutnant Hofmann

einen größeren Auslagefonds

und bemerkte dabei, wenn Marloh mal weg muß, dann helfen Sie ihm. Ich habe es ihm versprochen, scheide aber aus der Sache aus. — **Vors.**: Wie groß war der Fonds? — **v. Kessel**: Etwa 5000 bis 7000 Mark. Hofmann hat das Geld dann zum Teil für andere Zwecke verwenden müssen, und so gab ich ihm am Vortage der Flucht noch **einen Scheck in Höhe von 2500 M.** — Kriegsgerichtsrat **Ullmann**: Aus den Akten geht hervor, daß der Scheck erst am 2. Juli gegeben, dann aber vordatiert worden ist. — **Vors.**: Herr Angeklagter, Sie wollten mit der Sache nichts mehr zu tun haben. Das kann man als Vorgesetzter in doppelter Beziehung tun. Einmal, indem man völlig neutral sagt: Ich will nicht mehr. Und dann kann man als Vorgesetzter zu seinem Untergebenen auch sagen: Du bist mein Adjutant. Du weißt ja, wie man selbständig arbeitet. Meinten Sie es so? — **Angekl.**: Ich habe Hofmann gesagt, daß ich Marloh den Rat gegeben habe, wegzugehen. Ich habe mit Hofmann ganz allgemein gesprochen.

Die Begegnung mit Marloh.

v. Kessel führte weiter aus: Exzellenz v. Oven hat mich telephonisch, im Bureau auf einen Befehl zu warten. Ich nahm an, daß etwas ganz Besonderes los sei und alarmierte meine Staffel. Als ich dabei über den Flur ging, stand plötzlich Marloh vor mir. — **Vors.**: Sie sollen zu Marloh gesagt haben: Was machen Sie noch hier? Machen Sie, daß Sie wegkommen. Wenn uns hier jemand sieht! — **Kessel**: Es mag sein, daß ich ärgerlich war, als ich Marloh erblickte, denn ich wollte ja, daß er weggehen sollte, und wollte mit ihm nichts mehr zu tun haben. Als ich mich wieder in meinem Bureau befand, erschien Kriegsgerichtsrat Meyer bei mir. Meyer sagte mir, die Verhaftung sei gegen seinen und v. Ovens Willen verfügt worden. Es mag sein, daß ich ihm gesagt habe: Ich stelle Ihnen meine Offiziere zur Verfügung, machen Sie, was Sie wollen, ich leiste der Sache passiven Widerstand. — **Vors.**: Neu ist in Ihrer Bekundung, daß Kriegsgerichtsrat Meyer gesagt haben soll, daß er eigentlich gegen die Verhaftung sei und daß Sie passiven Widerstand leisten wollten. Haben Sie Kriegsgerichtsrat Meyer gesagt, daß Marloh noch in der Wohnung sein würde? — **Angekl.**: Ich halte das für wahrscheinlich. Meyer erzählte mir dann, es sei ihm von dem Burschen des Oberleutnants Marloh gesagt worden, Marloh sei bei Pfarrer Rump. Ich hätte nun die beste Gelegenheit gehabt, Pfarrer Rump die Ankunft des Kriegsgerichtsrats Meyer telephonisch mitzuteilen. Ich habe dies aber nicht getan. — **Vors.**: Das wird auch von der Anklage nicht behauptet. In der Anklage werden Sie aber als der geschickte Regisseur hingestellt. Sie sollen nun zu Pfarrer Rump geäußert haben, Sie hätten Kriegsgerichtsrat Meyer, der nachmittags in Ihrem Bureau auf Marloh, den er zu Ihnen bestellt hatte, wartete, stundenlang zigarettenrauchend festgehalten. — **v. Kessel**: Ich glaube nicht, daß Kriegsgerichtsrat Meyer auf diesen Trick hineingefallen wäre. Gegen Abend kam dann Leutnant Hofmann zu mir nach der Wohnung und erzählte mir als Neuigkeit, daß er bei Pfarrer Rump gewesen sei und daß Marloh weg wäre. — **Vors.**: Hat Leutnant Hofmann Ihnen nicht gesagt, ob Marloh gehen oder nicht gehen wollte? Und ob er bestimmte Summen forderte? — **Angekl.**: Nein. — **Vors.**: Wissen Sie, daß Rechtsanwalt Kikath vorher bei Pfarrer Rump war? Ist dies auf Ihre Veranlassung geschehen? — **Angekl.**: Nein. — **Vors.**: Haben Sie in der Unterredung mit Leutnant Wehmeyer diesem gesagt, es sei höchste Zeit, daß Marloh weg muß? — **Angekl.**: Nein. — **Vors.**: Pfarrer Rump hat bekundet, Sie hätten ihn bearbeitet, daß er seine Zustimmung zu Marlohs Flucht gab. — **Angekl.**: Es lag mir daran, dem Pfarrer Rump gegenüber als fürsorglicher Vorgesetzter zu erscheinen. Daher lehnte ich eine Unterstützung nicht direkt ab. Ich erklärte Pfarrer Rump, daß ich nicht einen Schritt tue, um Marloh wiederzubekommen. — **Vors.**: Als Pfarrer Rump Bedenken gegen die Flucht Marlohs äußerte, sollen Sie gesagt haben: »Es wird einfach

ein Urlaubsgesuch

geschrieben, das zurückdatiert wird, um nicht auffällig zu erscheinen. Ich werde die Sache schon machen. Je konfuser das Urlaubsgesuch gehalten ist, desto besser. Ich werde das Gesuch dem Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer geben, der dann von dem Erlaß eines Steckbriefes schon Abstand nehmen wird. — **Angekl.**: Das bestreite ich. Als am Nachmittag Kriegsgerichtsrat Meyer bei mir anfragte, wo Marloh sei, sagte ich ihm ausdrücklich, daß man mit einer Flucht Marlohs rechnen müsse.

Auf Beschluß des Gerichts wird der Brief Marlohs, der das Urlaubsgesuch enthält, verlesen. — **Kessel**: Nach diesem Brief hielt ich Marloh für geisteskrank und erklärte dem Kriegsgerichtsrat Meyer, er möge 48 Stunden warten. In dieser Zeit hoffte ich, Marloh herbeizuschaffen. Hauptmann Papst sagte mir jedoch, ich solle die Sache laufen lassen. — **Vors.**: Wir kommen jetzt zu den gefälschten Papieren, die für Marloh ausgestellt und die mit Klar und Schleinitz unterschrieben waren. Das ist doch Ihre Handschrift? Das sehe ich, ohne Graphologe zu sein. — **v. Kessel**: Ich erinnere mich nicht mehr daran. Ich glaube, ich habe einmal Blankopapiere Marloh gegeben. — Der Vorsitzende zeigt Kessel die Marloh abgenommenen falschen Papiere und zeigt ihm den Kriegs-Stammrollenauszug. — **v. Kessel**: Ich meine, das ist nicht meine Schrift. — **Vors.**: Aber hier, bei dieser Unterschrift, habe ich keinen Zweifel. — **v. Kessel**: Ich kann mich nicht entsinnen, wann ich das geschrieben haben soll. — **Vors.**: Die Unterschrift „Klar" haben Sie gegeben, dagegen bestreiten Sie, daß Sie die Unterschriften „Schleinitz, Klose und Bremer" gegeben haben. Es ist doch auffallend, daß Sie das nicht mehr wissen. Es soll am 2. nachmittags gewesen sein, als Leutnant Wehmeyer zu Ihnen ins Bureau kam und Ihnen das Urlaubsgesuch Marlohs vorlegte. Ihre bestellte Arbeit, in der Geisteskrankheit simuliert wurde, damit Sie Kriegsgerichtsrat Meyer hinhalten konnten. — **v. Kessel**: Dieser Brief ist mir nicht vorgelegt worden. — **Vors.**: Wehmeyer will von Ihnen den Befehl gehabt haben, den Namen „Bergner" auszufüllen. — **v. Kessel**: Das kann höchstens gewesen sein, als Meyer schon weg war. — **Vors.**: Wußten Sie bis zu Ihrer Vernehmung weder von der Flucht Marlohs noch davon, daß Hofmann ihm Geld gegeben hatte? — **v. Kessel**: Ich habe nicht einmal Nachforschungen nach Marloh angestellt. — Vorsitzender läßt nun die eidliche Aussage Kessels verlesen und stellt dabei fest, daß die Anklage **v. Kessel in acht Punkten wahrheitswidrige Aussagen** vorwirft. — **v. Kessel** gibt zu, daß er sich bei seiner Vernehmung vor den Aussagen drücken wollte, um nicht den Angeber zu spielen — Auf Bitte des Rechtsanwalts Alsberg, der betont, daß sein Mandant überanstrengt sei, tritt eine Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause wird in der Vernehmung des Angeklagten fortgefahren. — **v. Kessel**: Ich möchte hier noch eines richtigstellen. Ich wußte, daß die höheren Dienststellen nur sehr ungern eine Strafverfolgung Marlohs angeordnet haben. Ich wußte, daß Kriegsgerichtsrat Meyer nur widerwillig seiner Pflicht genügte. Ich habe damals gleich empfunden, daß ihn dieser Umstand beeinträchtigte. Ich glaubte, daß meine Vernehmung am 8. Juli veranlaßt wurde, damit ich Marlohs Verschwinden in der Zeit zwischen dem telephonischen Anruf Exzellenz v. Ovens und dem Erscheinen des Kriegsgerichtsrats Dr. Meyer aufklären solle. Ich bin dutzende Male von Meyer vernommen worden, aber an dem Tage glaubte ich, daß ich aussagen solle, wie es möglich war, daß Marloh in dieser Zeit hätte fliehen können. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß die Vereidigung mir damals völlig überraschend gekommen ist. — **Vors.** (unterbrechend): Das weiß ich. Ich unterstelle es als wahr zu Ihren Gunsten. — **v. Kessel**: (fortfahrend): Das hat mich zweifelsohne beeinflußt. Ich hatte nur Sekunden Zeit zur Ueberlegung. Ich habe vielleicht nicht alle rechtlichen Möglichkeiten überdacht. Eventuell wären Zusätze noch möglich gewesen. — **Vors.**: Kriegsgerichtsrat Meyer hat Sie doch aber auf Ihr Zeugnisverweigerungsrecht hingewiesen? — **v. Kessel**: Ja, aber mit dem Zusatz: Wenn Sie Marloh zur Flucht verholfen haben, dann können Sie davon Gebrauch machen. — **Vors.**: Wir kommen nun zum

Meineidsbekenntnis des Angeklagten.

Es erfolgte am 21. Juni, als v. Kessel mit Leutnant Wehmeyer darüber sprach, was Wehmeyer vor Gericht ausgesagt habe. — **v. Kessel**: Jawohl, ich weiß, das war so eine Bemerkung von mir. — **Vors.**: Wehmeyer soll Ihnen gesagt haben, er habe Kriegsgerichtsrat Meyer die Hucke voll gelogen, soweit sich seine Aussage auf die Flucht Marlohs bezog. Im übrigen aber habe er eine Aussage abgelehnt. Er lasse sich lieber einsperren, als daß er als Lump das Gericht verlasse. Darauf habe v. Kessel gesagt, das verstehe er nicht. Er hätte seine Aussage beschworen. Es wäre allerdings vieles ungenau darin, aber man müsse ja doch mal lügen. Wehmeyer habe diese Aeußerung dem Pfarrer Rump mitgeteilt und beide Herren haben sie dann protokolliert. — **v. Kessel**: Wehmeyer hat sich bei meiner Staffel immer so benommen, als wenn ich sein besonderes Vertrauen hätte und er mich besonders brachte. **In Wirklichkeit hat er monatelang systematisch jedes Wort von mir zu Pfarrer Rump gebracht und daraus ist dann das Aktenstück Kessel entstanden, aus dem mir jetzt einzelne Worte ohne Zusammenhang vorgehalten werden.** Ich bestreite, daß ich eine solche dämliche Bemerkung gemacht habe. Wenn ich wirklich einen Meineid zugegeben hätte, dann hätte ich dies am allerwenigsten diesen Herren gegenüber getan. — **Vors.**: Wir kommen nun zu dem letzten Punkt der Anklage: Herausforderung zum Zweikampf. Bekennen Sie sich schuldig? — **Angekl.**: Jawohl.

Damit ist die Vernehmung des Angeklagten beendet und es wird nunmehr in

die Beweisaufnahme

eingetreten. Als erster Zeuge wird der 80jährige Kriegsgerichtsrat **Dr. Karl Meyer** vernommen. Er schildert die schon bekannten Vorgänge und sagt, er habe den Eindruck gehabt, man wolle ihn düpieren. Am 6. Juni fuhr ich zu Kessel, um ihn zu vernehmen, da ich inzwischen zu der Ueberzeugung gekommen war, daß er vor allem die Hand im Spiel hatte. Während der Vernehmung beschloß ich, Kessel zu vereidigen, und bat um einen Protokollführer. Kessel rief den Leutnant Hofmann herbei. — **Vors.**: Also gerade denjenigen, der Marloh in Sicherheit gebracht hat. — **Zeuge**: Als ich das später erfuhr, war ich sprachlos. — **Vors.**: Sie sollen gewußt haben, daß Marloh von Kessel unterstützt wurde. — **Zeuge**: Das habe ich später erfahren. — **Vors.**: Haben Sie es bei Kessels Vernehmung schon gewußt? — **Zeuge**: Ausgeschlossen! — **Vors.**: Waren die höheren Dienststellen am 6. Juni schon davon unterrichtet? — **Zeuge**: Ausgeschlossen. — **Vors.**: Haben Sie gesagt, daß der Haftbefehl gegen Ihren Willen erfolgte? **Zeuge**: Das ist möglich. — Rechtsanwalt Dr. **Alsberg**: Hat nicht v. Kessel verschiedene Fragen unbeantwortet gelassen und ist Ihnen ausgewichen? — **Zeuge**: Ja. — Auf weiteres Befragen des Verteidigers erklärt der Zeuge, daß er zu der Annahme neigte, daß eventuell auch nur ein vorübergehendes Verschwinden Marlohs in Betracht komme. Auf Befragen Dr. Alsbergs schildert der Zeuge, daß Marloh nach Bekundung des Pfarrers Rump am 6. Juni an Verfolgungswahnsinn leide. Durch den Artikel in der „Freiheit" habe Marloh Furcht bekommen, daß er in bestialischer Weise abgeschlachtet würde. — **Vors.**: **Angeklagter, wollen Sie nun behaupten, daß bestimmte Personen, Vorgesetzte oder Persönlichkeiten in einflußreicher Stellung den Anlaß zu Ihrem Verhalten gegeben haben?** Sie müssen hier ohne Rücksicht darauf aussagen, welche Persönlichkeiten dadurch bloßgestellt würden. — **v. Kessel**: Zweifellos. — **Vors.**: Sind es Vorgesetzte? — **v. Kessel**: Jawohl. — **Vors.**: Herr Zeuge, sind Ihnen Namen bekannt? — Kriegsgerichtsrat Dr. **Meyer**: Ich kann nichts Bestimmtes sagen. Bis zur Aburteilung des Falles Marloh habe ich nichts gehört. Später allerdings mancherlei Gerüchte. Es wurde gesagt, die Spatzen pfiffen es von den Dächern, wer die Hintermänner des Herrn v. Kessel seien, nur das Gericht wisse von nichts. Ich habe mich darüber geärgert und zu verschiedenen Herren geäußert: Viele behaupten viel und wissen nichts. Daraufhin sind dann Namen gefallen. — **Vors.**: Bitte um Angabe dieser Namen. — **Zeuge**: Aber ohne jede Gewähr, es ist nur Geschwätz. Genannt wurde der Staatskommissar zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung v. Berger, anderer Namen kann ich mich nicht erinnern. — Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt Herr v. **Kessel**: Herr v. Berger steht damit nicht im Zusammenhang.

Als nächster Zeuge wird Pfarrer Rump vernommen, der schon im Marloh-Prozeß Kessel sehr belastet hat. Rump macht auch diesmal seine Aussage in sehr emphatischer Weise und kann an einigen ihn besonders bewegenden Stellen vor Rührung nicht weitersprechen. Er schildert nun in sehr ausführlicher Weise die Ereignisse, die sich in seinem Hause kurz vor der Flucht Marlohs abspielten. Danach ist

Marloh durch Kessel ständig zur Flucht gedrängt

worden, doch habe er, der Zeuge, Marloh geraten, Berlin nicht zu verlassen, ohne die Zustimmung seines Rechtsanwalts Kikath einzuholen. Am 1. Juni sei Oberleutnant Hofmann bei ihm gewesen, um mit Marloh über die Flucht zu verhandeln, und dabei habe Hofmann die Bemerkung gemacht, daß er am Abend bei Kessel eingeladen sei und über das Ergebnis seiner Verhandlungen berichten solle. — **Vors.**: Ist Marloh öfter als zweimal von dem Angeklagten zur Flucht überredet worden? — **Zeuge**: Unbedingt, aber als preußischer Offizier wollte er sich seinen Richtern nicht entziehen. In der Nacht vom 1. zum 2. Juni habe ich Marloh in meinem Hause behalten. An dem fraglichen Sonntag, also am 1. Juni, setzte in meinem ruhigen Pfarrhause ein wahrer Hexensabbat ein. Lauter Feldgraue kamen. Ein Kamerad Marlohs, der sich unkenntlich gemacht hatte und dessen Namen ich mir auch nicht nennen ließ, um ihn nicht verraten zu müssen, sagte, Marloh solle sich um keinen Preis verhaften lassen, er werde die Haft nicht überstehen, sondern man werde ihn beiseite bringen. Marloh war am Ende seiner Kraft. Er wußte nicht mehr, was er von Oberst Reinhardt, diesem Edelmann vom Scheitel bis zur Sohle, halten sollte. Er wußte auch nicht, was er von dem Angeklagten, über dessen dienstliche Tätigkeit das Urteil schon längst gefällt war, den er aber als Kameraden noch immer schätzte, denken sollte. Am Montag vormittag kam Rechtsanwalt Kikath in meine Wohnung. Er war schroff gegen jede Flucht, da uns jedoch von der Gegenseite immer das sogenannte Staatsinteresse an den Kopf geworfen wurde, so überlegten wir die Bedingungen, unter denen ein Weggang von Berlin möglich erschien. — Rump hat sich in eine so große Erregung hineingeredet, daß er einige Minuten nicht weiterzusprechen vermag. — Für Marlohs Weggang machte Kessel folgende drei Punkte geltend: Es werde in einigen Wochen eine unabhängige Regierung am Ruder sein, dann werde man Marloh vor ein Revolutionstribunal stellen und niederknallen. Zweitens dürfe er die Befehle, die er habe, nicht nennen, und drittens müsse Marloh auf das Vaterland Rücksicht nehmen. **Wenn alles bekannt werde, hätten wir den Bolschewismus.** — **Vors.**: Welches waren die Bedingungen, unter denen Marloh fliehen sollte? Zeuge Rump: Man verlangte 300 00 M. — **Vors.**: Das ist eine ganz hübsche Summe — Rump: Erlauben Sie mal, das ist nicht zuviel, wenn ein Mensch in die Wüste geschickt wird. Ich stellte sogar folgende Bedingung: ein Rittergut, 100 000 bis 150 000 M. in Auslandspapieren, die Erlaubnis, daß Marloh Offizier bleiben könne und völlige Rehabilitierung in dem Augenblick, in dem die Militärdiktatur Noske eintrete. — Der Vorsitzende fragt dann den Pfarrer Rump, wie lange die Unterredung zwischen ihm und Kessel gedauert habe. — **Zeuge** Etwa anderthalb Stunden. — **Vors.**: Ich muß Ihnen vorhalten, daß Oberwachtmeister Dettmann und der Angeklagte aussagen, sie habe nur 20 Minuten gedauert. Können Sie alles unter Ihrem Eide aussagen? — Pfarrer Rump: Aber bitte.

Rump schildert dann die aus dem Marloh-Prozeß bekannten Gründe, die Marloh zur Verweigerung der Flucht anfangs veranlaßt hatten. — Auf Befragen des Vorsitzenden äußert sich Pfarrer Rump hierauf zu dem sogenannten Meineidsbekenntnis v. Kessels. Leutnant Wehmeyer sei am 21. Juni ganz niedergeschlagen zu ihm gekommen mit den Worten: Denke Dir, das hat mir eben Kessel gesagt. Er gab ihm darauf die schon bekannte Aeußerung v. Kessels wieder, die dann von Rump und Wehmeyer protokolliert wurde. Der Zeuge erklärt weiter, v. Kessel habe ihm am 2. Juni gesagt: er wisse genau, daß Marloh bei Rump ist. Es sei ferner **von A bis Z aus den Fingern gesogen**, daß Marloh an Verfolgungswahnsinn gelitten haben soll. Am 16. November hatte ihm v. Kessel in Anwesenheit Wehmeyers das Angebot gemacht: Wenn Rump die Hand dazu bietet, daß Marloh auf Grund des Paragraphen 51 für unzurechnungsfähig erklärt und die Verhandlung gegen Marloh bei diesem Punkte abgebogen wird, dann soll er, Rump, 200 000 M. in deutscher und 200 000 M. in westrussischer Währung erhalten, die ihm dann später in deutscher Währung umgerechnet würde. Zur Frage der Urkundenfälschung erklärt der Zeuge, aus eigenem Wissen nicht aussagen zu können. — Als Rechtsanwalt Dr. Alsberg den Zeugen fragt, ob er nicht Kriegsgerichtsrat Meyer gegenüber Marloh als geisteskrank hingestellt habe, ersucht Pfarrer Rump den Vorsitzenden in sehr erregtem Tone, die Verteidigung darauf aufmerksam zu machen, daß sie nach der R.-Str.-P.-O. nicht berechtigt sei, direkte Fragen an die Zeugen zu richten. — Der Vorsitzende beruhigt Pfarrer Rump darauf mit dem Hinweis, daß diese Frage heute schon längst geregelt sei. Rump fährt darauf in seiner Aussage fort: Er habe Meyer erzählt, daß Marloh in hilfsbedürftigem Zustande zu ihm gekommen sei, daß sich dies aber nicht auf seinen Geistes-, sondern auf seinen Seelenzustand bezogen habe. Es kommt darauf noch zu einer längeren Kontroverse zwischen Pfarrer Rump und Dr. Alsberg über die angebliche Simulation des Marlohschen Briefes. Pfarrer Rump gibt an, daß Marloh erklärt habe, man könne von keiner Simulation sprechen, und daß es den Tatsachen entsprochen habe, daß sie alle damals der Ansicht waren, es würde Marloh nach

dem Leben getrachtet. Auf die Frage Dr. Albergs, ob Rump Forderungen an v. Kessel gestellt habe, die ihm in genügender Weise zugestanden wären, erklärt Rump, daß dies vollkommen unwahr sei.

Auf die weitere Vernehmung des Zeugen Rump wird verzichtet. Gegen 5 Uhr wird die Verhandlung auf Sonnabend früh ½10 Uhr vertagt.

Groß-Berlin

Verlängerte Polizeistunde.

Und was sagt der Kohlenkommissar?

Wir berichteten kürzlich, daß über die Verlängerung der Polizeistunde in Berlin Verhandlungen mit den Gastwirtsorganisationen schweben. Gestern fanden nun, wie uns gemeldet wird, über diese Fragen Beratungen im Ministerium des Innern statt. Das Ministerium soll der Verlängerung der Polizeistunde jetzt wohlwollend gegenüberstehen, so daß man bei den in Betracht kommenden Kreisen zurzeit die beste Hoffnung auf eine Ausdehnung der Polizeistunde bis 1 Uhr hegt.

Unter normalen Verhältnissen wäre auch unseres Erachtens gegen den 1-Uhr-Schluß der Restaurationsbetriebe kaum etwas einzuwenden. Anders stellt sich jedoch die Frage heute dar, wo die Kohlennot lebenswichtige Betriebe zu den schlimmsten Einschränkungen zwingt. Hat man auch über den Kohlenmehrverbrauch, der ohne Zweifel durch die Verlängerung der Polizeistunde eintritt, Erhebungen angestellt? Wir können es uns schließlich noch nicht leisten, bis über die Mitternachtsstunde hinaus geheizte und erleuchtete Räume für Amüsementsbedürftige offen zu halten, solange über vielen unserer Industriewerke das Damoklesschwert der Betriebseinstellung infolge der Kohlennot schwebt. Vor allem hat hier der Kohlenkommissar ein gewichtiges Wort mitzusprechen.

Zur Illustration des oben Gesagten diene folgende Zuschrift:

> Die Firmen Berliner Porzellan- und Chamottefabrik A. G. Schwarz und Sanitätsporzellanmanufaktur W. Haldenwanger in Spandau stehen wegen Kohlenmangels vor der Betriebseinstellung. Abgesehen davon, daß jede stillgelegte Porzellan- und auch sonstige keramische Fabrik eine schwere Schädigung unserer Volkswirtschaft bedeutet, würden durch die Stillegung der genannten Firmen weite Kreise in Mitleidenschaft gezogen. Die Firmen versorgen große Industriewerke, darunter die A.E.G., mit unentbehrlichem Isoliermaterial und liefern große Mengen anderweitig nicht erhältliche Artikel für wissenschaftlichen und industriellen Laboratoriumsbedarf, für Krankenanstalten usw. Nachdem der Betrieb seit Monaten unter den größeren Schwierigkeiten aufrechterhalten wurde, muß nunmehr zur Stillegung geschritten werden, wenn es nicht im letzten Augenblick der zuständigen Kohlenstelle gelingt, das an sich geringfügige, für die Aufrechterhaltung des Betriebes erforderliche Quantum Steinkohle sicherzustellen.

Die Forderung muß heißen: Kein Verlängerung der Polizeistunde auf Kosten unserer Industrie.

Nur 1900 Gramm Gebäck auf die Brotkarte.

Der Berliner Magistrat teilt mit, daß vom 9. d. Mts. ab infolge der Verringerung der Meßportion nur noch 1900 Gramm Gebäck auf die Brotkarte entnommen werden dürfen. Da die Brotkarten auf die jetzige Brotportion abgestellt sind, ist der Bezugswert der acht 250-Gramm-Abschnitte auf je 200 Gramm Gebäck, derjenige der beiden Meßlabschnitte auf je 125 Gramm Mehl herabgesetzt und der 50-Gramm-Abschnitt R für ungültig erklärt worden. Der Preis beträgt wie bisher für 1900 Gramm Großbrot 2,24 M., für die Schrippe 7 Pfg. Die Krankenbrotportion ist auf 1600 Gramm festgesetzt worden; ihr Preis beträgt 2,22 M.

Der Kampf um die Milchkarten.

Für die Milchtrinker und solche, die es werden möchten, sind die Zeiten ungünstiger als je. Die verfügbare Milchmenge ist immer knapper geworden — und zu immer tollerer Höhe ist der Milchpreis emporgeklettert. Schon lange war der Versuch, auf ein Krankenattest ein paar Schluck Milch pro Tag bewilligt zu erhalten, unergiebig so erfolgversprechend wie das Lotteriespiel. Bald wird das Häuflein der Glücklichen, die der Krankenernährungsstelle als milchbedürftig gelten, wieder noch zusammenschmelzen. Uns ist es unmöglich, alle die Klagen wiederzugeben, die uns fortgesetzt über die Verweigerung von Milchkarten zugehen. Gegen die Entscheidungen der Krankenernährungsstelle gibt es keine Widerrede, und selbst das Attest eines Schularztes, auf das eine uns zugehende Klage sich beruft, wiegt federleicht gegenüber dem Urteil der Krankenernährungsstelle.

Freilich, das Heer der kranken Milchbewerber ist ungeheuer groß im Vergleich zu dem armseligen bißchen Milch, das jetzt noch nach Berlin hineinkommt. Wir glauben ohne weiteres, daß es der Krankenernährungsstelle nicht gleichgültig ist, nur die der Milch Bedürftigsten auswählen zu können und so viele andere abweisen zu müssen, denen gleichfalls Milch zu wünschen wäre. Warum aber muß den Wenigen, die ausserwählt wurden, auch die Beschaffung der zu erneuernden Milchkarten noch erschwert werden? Es sollte sich doch von selber verstehen, daß die neuen Karten mit größter Beschleunigung fertiggestellt und abgesandt werden, damit sie noch vor dem Ablauf der Gültigkeit der bisherigen Karten eintreffen. Ein Ehemann klagt uns, daß seine der Entbindung in sehr naher Zeit entgegensehende Frau zu Beginn des Februars auf die Milchkarte warten mußte und in den ersten Tagen des Monats keine Milch erhielt. Die Frau wollte selber am 30. Januar im Bureau der Krankenernährungsstelle die Karte sogleich mitnehmen, ihr wurde aber geantwortet, diese werde ihr am 3. oder 4. Februar zugeschickt werden.

Sollte es nicht möglich sein, den Geschäftsgang der Krankenernährungsstelle so zu beschleunigen, daß Kranke, Schwangere usw. vor Schädigungen bewahrt bleiben? Es ist doch einer Frau, die jeden Tag ihre Entbindung zu erwarten hat, wahrhaftig nicht dienlich, wenn sie mehrere Tage hintereinander die ihr sehr notwendige Milch entbehren muß!

Bunte Häuser.

Ein kleines, freundliches Bild einer Wohnungskolonie in lustigen Farben, Rot, Gelb und Violett, die uns Grau in Grau gewohnten Steinhäusermenschen wie aus einem Neuruppiner Bilderbogen geschnitten anmutet, gibt es jetzt in der Bismarckstraße zu Steglitz. Eine Besichtigung dieser für den Wohnungsverband gebauten Häuschen, die, man möchte sagen, leider, nur Notstandswohnungen darstellen, führte den Reichskommissar für Wohnungswesen Unterstaatssekretär Scheidt, den finnischen Gesandten Dr. Jännes und Prof. Petersen vom hygienischen Institut der Universität nach Steglitz.

Es handelt sich um Zweifamilien-Wohnhäuser, bei deren Ausführung die Isolation der Wände gegen Kälte und Wärme eine bedeutend intensivere ist als bei einem Massivbau. Jede Anzahl Häuser kann gleichzeitig in den verschiedensten Gegenden in der kürzesten Zeit gebaut und von ortsansässigen Arbeitern aus Normalteilen, die aus Balken, Bohlen und Brettern bestehen, zusammengestellt werden. Der Erfinder ist ein Finne Olof Boecker, der die Erfahrungen seiner holzreichen Heimat hier nutzbringend verwertet hat.

Die Annahme der Luftbarkeitssteuer. Der Magistrat Berlin hat die von der Berliner Stadtverordnetenversammlung in mehreren Punkten wesentlich veränderte Ordnung über die Luftbarkeitssteuer angenommen. Das Inkrafttreten der Steuer erfolgt erst nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

Wer denkt an die Lehrlinge? Zu der mit dieser Ueberschrift in Nr. 47 veröffentlichten Betrachtung über die den jetzigen Teurungsverhältnissen ganz und gar nicht angepaßte Vergütung für die Lehrlinge schreibt uns eine Mutter:

„Diese Zeilen waren mir und sicher vielen Müttern so recht aus dem Herzen geschrieben."

Sie teilt uns mit, daß ihr Sohn, der als Lehrling bei einer großen Druckmaschinenfirma zum April ausgelernt haben wird, jetzt seit wenigen Wochen erst 21 M. erhält. Dann fährt sie fort:

„Können Sie es nicht anregen, daß die Arbeitgeber mit Ablauf der Lehrzeit den Jungens eine Kleiderzulage von vielleicht 200—300 M. gewährten? Sehen denn diese Herren gar nicht, wie herausgewachsen und herumlaufend sämtliche Lehrlinge aussehen? Oben derweil wir Eltern es nicht mehr schaffen können!"

Angesichts des beträchtlichen Vorteils, den in der Zeit allgemeiner Preisbeigerungen die Arbeitgeber von der jetzt sehr viel wertvolleren Leistung ihrer manchmal schon einen Gehilfen ersetzenden, aber keineswegs wie ein Gehilfe bezahlten Lehrlinge gehabt haben, erscheint uns diese Forderung einer Mutter nicht unberechtigt.

Schiebung. Zu dieser Notiz in unserer Nr. 54 teilt uns die Maschinenhandelsgesellschaft Berlin mit, daß das in der Notiz erwähnte Lagerkonsortium Delma nicht identisch ist mit der von ihr vertretenen Deutschen Landwirtschaftsmaschinen-A.-G., die unter dem Stichwort Delma bekannt ist.

Verhaftete Bootshauseinbrecher. Die Einbrecher, die, wie gemeldet, in voriger Woche zweimal hintereinander das Bootshaus des Arbeiterrudervereins „Vorwärts" heimsuchten, sitzen bereits hinter Schloß und Riegel. Es sind die jugendlichen „Arbeiter": Johann Götz, Karl Jurek, Georg Schmidt, Richard Weber und der Fürsorgezögling Kurt Hintze. Der Haupträdelsführer war der 19jährige Richard Weber. Sie haben bereits eingestanden, alle vier Einbrüche in diesem Bootshaus verübt zu haben. Ein großer Teil der bei den letzten beiden Einbrüchen gestohlenen Sachen konnte bei zwei Hehlern im Südwesten Berlins beschlagnahmt werden. Die Sachen sind bei der Wache in der Augustakaserne, Friesenstraße, Sonnabends nachmittags zwischen 8 und 9 Uhr zu besichtigen.

Berlin—Magdeburg. Die Eisenbahndirektion Magdeburg macht bekannt, daß vom 9. Februar ab wieder regelmäßig die Züge 301 Magdeburg ab 10,31 bis Berlin (Potsdamer Bahnhof) 1,45 und 370 Berlin (Potsdamer Bahnhof) ab 7,31 bis Magdeburg an 10,48 verkehren.

Vertagtes Wohltätigkeitsfest. Das Komitee des für heute im Ufa-Palast am Zoo geplanten Wohltätigkeitsfestes teilt mit, daß angesichts der schmerzlichen Erregung der Bevölkerung infolge der Auslieferungsnote es angemessen erscheine, das Fest zum Besten der hungernden Kinder Berlins und Wiens zunächst zu vertagen. Die Festleitung wird die bisher eingegangenen Beträge für den gedachten guten Zweck reserviert halten, so daß die gelösten Karten gültig bleiben.

Diese Maßnahme verdient heute im Interesse einer auch nach außen hin würdigen Haltung Beachtung und Nachahmung.

Das neue Programm des Apollotheaters. Peter Altenberg, der Lobpreiser des menschlichen Körpers, seiner organischen Schönheit und Gesundheit, hat auch dem Varieté gehuldigt, weil hier der Körper noch was wert ist. Das Apollotheater handelt in seinem Sinn, wenn es echte Körperkünste hervorzaubert. Gertrude Barrison, die letzte der fünf Schwestern, die Freundin Peters, tanzt Tänze, die nichts bedeuten sollen als ein frohes, rhythmisches Spiel der Glieder in schönfarbigem Gewande, keine Literatur und keinen Tiefsinn. Schöne bewegte Körperlichkeit bietet auch der Luftakt der äußerst geschulten Geschwister Blumenthal. Wie Wogen gleiten die schlanken Glieder oder schwingen gewagt als lebendige Schaukel. Kraftvoll bauen die 6 Gunatos ihre Pyramiden in Vollitoilette, beste akrobatische Arbeit. Chinesische Gaukler zeigen fremde Eigenart. Simon und Arford führen in lustiger Einkleidung schwungvolle Reckkunst vor. Die längste Nummer (etwas zu lang!) hat die Verwandlungskünstlerin Fregolia. Mit fabelhafter Geschwindigkeit führt sie allein ein Lustspiel auf, stellt berühmte Komponisten vor und zeigt auch, wie sie es macht.

Verlorene Geldtasche. Eine Kriegerwitwe hat am Donnerstag in einem der letzten Hochbahnzüge vom Schlesischen Tor bis zum Halleschen Tor ihre Geldtasche (Leder) mit ca. 300 bis 350 M. verloren. Außerdem befand sich in der Tasche noch die Legitimationskarte zur Abhebung ihrer Kriegswitwenrente sowie ein Reparaturschein der Schuhfirma Stiller. Da das Geld nicht Eigentum der Verliererin ist, wird der Finder gebeten, die Tasche bei Frau Herta Höhne, Marienfelde, Großbeerenstr. 137, gegen Belohnung abzugeben.

Vermischte Lokalnachrichten.

Von der Untergrundbahn überfahren und getötet wurde der Bildhauer Tilo Markscheffel aus Langensalza, der hierher gekommen war, um seine hier krank daniederliegende Frau zu besuchen. Als er auf dem Untergrundbahnhof Friedrichstraße einen schon in Fahrt befindlichen Zug besteigen wollte, kam er zu Fall und geriet so unter die Räder, daß er auf der Stelle verstarb. — Der in den Prozeßberichten genannte Freiherr Rieder von Riedenau ist nach Mitteilung seines Rechtsanwalts durch Beschluß der Strafkammer außer Verfolgung gesetzt worden.

Neukölln. Der Vortragskursus über Volkswirtschaft findet am Sonntag vormittag ½10 Uhr in der Schulaula Emser Straße seine Fortsetzung.

Marienfelde-Südende. Gemeindevertretersitzung. Ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion, den Gemeindearbeitern einen Vorschuß auf die erneuten Lohnaufbesserungen zu gewähren, wurde einstimmig angenommen. — Ein Antrag der Unabhängigen verlangt einen Protest der Gemeindevertretung gegen das Verbot der „Freiheit" und „Roten Fahne" und die Verhängung des Belagerungszustandes. Gegen die Stimmen der Unabhängigen wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. — Für die Heizungsanlage im Lyzeum werden 500 M. für Ausbesserungsarbeiten bewilligt; eine Summe von 100 M. wird als einmalige Unterstützung der Hauptstelle für Mutter- und Säuglingsfürsorge überwiesen. — Zur Beschaffung von Hafer, Heu und Stroh wird eine Summe von 52 000 M. zur Verfügung gestellt. Für die Beschaffung von zwei Pferden sind 22 000 M. verausgabt worden. — Die Anrechnung der auswärtigen Dienstzeit eines hiesigen Beamten wird genehmigt. — Eine längere Debatte zeitigte der Antrag des Gemeindevertreters Hesse und Gen. betr. Einziehung der Kirchensteuern. Bei der Etatberatung im vorigen Jahre wurde beschlossen, den Vertrag mit der Kirchengemeinde zur Einziehung der Kirchensteuer zu kündigen. Obiger Antrag bezweckt, die Kündigung nicht vorzunehmen und die Steuern seitens der Gemeinde weiter miteinzuziehen. Nachdem der Antragsteller und Gärtner (Dem.) sich für den Antrag ausgesprochen, wurde derselbe, nachdem Richter und Bodeutsch (U. S. P.) und unsere Genossen Kaphun und Hubn dagegen gesprochen hatten, abgelehnt. — Für die von der Gemeinde aufgenommenen Anleihen soll mit dem 1. April 1920 wieder der volle Tilgungssatz angesetzt werden. Genosse Gerlach frägt an, ob die bewilligte Anleihe für den Schulbarackenbau bereits untergebracht ist. Kämmerer Stech bemerkt, daß die Kosten durch die Girozentrale gedeckt werden. — Die Gemeindevertretung wünscht dringend zum 1. April 1920 die Eingemeindung. — Bei der Entziehung der Mittel für den hiesigen Arbeiterrat war von unseren Genossen die Errichtung einer Beschwerdestelle angeregt und beschlossen worden. Infolge der finanziellen Schwierigkeiten soll nach Zustimmung durch Genossen Deinert davon Abstand genommen und der Kämmerer beauftragt werden, in erhöhtem Maße Platzrevisionen vorzunehmen. Gleichzeitig sollen die beiden Schöffen Waldheim und Günther die Außenbetriebe auf ihre Wirtschaftlichkeit hin dauernd prüfen. Im Zusammenhang mit dieser Frage wurde beschlossen: Alle im Gemeindedienst stehenden Personen, die in Krankheitsfällen einen Zuschuß zum Krankengeld beziehen, vom Gemeindearzt untersuchen zu lassen, falls die Krankheit länger als zwei Wochen besteht. Von dem Gutachten des Gemeindearztes ist die Zahlung des Lohnzuschusses abhängig zu machen. — Der Neuregelung der Besoldung der Bureauhilfsarbeiter wird zugestimmt. — Für die Entsendung von Kindern nach der Schweiz werden nach Befürwortung durch den Schöffen Günther 5000 M. bewilligt. — Von der Kohlenstelle Groß-Berlin ist der Antrag, die Gemeinde als Kleinhändler zuzulassen, abgelehnt worden, weil derselbe für das laufende Wirtschaftsjahr zu spät gestellt war. Es wird beschlossen, einen erneuten Antrag für das neue Wirtschaftsjahr 1921/22 einzureichen. — Die Gemeindebibliothek im Ortsteil Südende soll mit der Marienfelder zusammengelegt werden. Auf dem Gemeindeland an der Lichtenrader Chaussee sollen 40 Morgen Land als Laubenland verpachtet werden; der Preis beträgt 60 Pf. pro Quadratrute. Auf diesem Gelände soll der Arbeiterinnenverein einen Spielplatz erhalten. Die Anlegung eines Bahn- und Lagerplatzes mit Gleisanschluß ist vorgesehen. Auf dem gegenüberliegenden Gelände ist von der Berliner Schutzmannschaft ein 820 Morgen großes Gelände zu Siedlungszwecken erworben. — Ueber die Errichtung einer Schulzahnklinik berichtet Waldheim: infolge eines Abkommens mit der Marienfelder Ortskrankenkasse, welche durch Kostenübernahme und Zahlung einer einmaligen Einrichtungssumme durch die Gemeinde die Behandlung der Schulkinder übernimmt, wird von der Errichtung einer Klinik seitens der Gemeinde Abstand genommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Abt. Montag, 9., 8 Uhr bei Engelhardt, Friesenstr. 10: Versammlung der Funktionäre und Betriebsvertrauensleute. Eine Stunde vorher: Vorstandssitzung. Flugblattverbreitung: Sonntag früh bei Vogler, Mittenwalder Str. 16.

10. Abt. Montag, 9., 7 Uhr: Sitzung sämtlicher Bezirksleiter, Arbeiterräte, Betriebsvertrauensleute im Verkehrslokal Wolff, Forster Str. 36. — Die Genossen treffen sich zur Flugblattverbreitung Sonntag vormittag 9 Uhr bei Wolff, Forster Str. 36.

30. Abt. Sonntag vormittag 9 Uhr: Flugblattverbreitung. Treffpunkt, sofern einzelne Bezirksführer nicht anders bestimmt haben, Lokal Grunau, Stadtbeiner Str. 30.

35. Abt. Montag 7 Uhr: Sitzung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre bei Klinger, Wattstr. 17.

40. Abt. Sonntag, vormittags 11 Uhr: Funktionärsitzung bei Schiemann, Wittlecker Str. 10. — Nachmittags 4 Uhr: Märchenabend bei Schuldt, Wiclefstr. 17.

Achtung, A. S. O., Brunnenstraße! Heute, nachm. 2 Uhr bei Krüger, Ecke Uferstraße- und Schöningstraße: Konferenz sämtlicher Funktionäre der Arbeiter und Angestellten, die auf dem Boden der S. P. D. stehen.

Friedenau. Sonntag vormittag 9 Uhr: Flugblattverbreitung. Treffpunkt: Restaurant Kühn, Hauptstr. 3. Pünktlich und zahlreich erscheinen.

Lichtenberg. Sonntag, 9 Uhr vormittags: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Jugendveranstaltungen.

Verein „Arbeiterjugend" Groß-Berlin. Jugendsekretariat W 9, Bellevuestr. 7, III. — **Zentraljugendheim,** Lindenstr. 3. Heute: Geschlossen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freie Turnerschaft Berlin. Turnfahrten am Sonntag: 1. Männer- und Jugendabteilung nach Erkner. Treffpunkt 7½ Uhr früh Schles. Bahnh. — 3. Knabenabteilung nach Köpenick, Müggelsee, Erkner. Treffpunkt 7½ Uhr Schles. Bahnh. — 2. Knaben- u. 2. Mädchenabteilung: Montag abend 7 Uhr Elternabend bei Feuerbern, Grunstr. 41. — **Reichsbund der Kriegsbeschädigten,** Kriegshinterbliebenen, ehemaligen Kriegsteilnehmer und Sektion Kriegsgefangene, Bezirk Charlottenburg. Die Versammlung am Sonntag, den 8. Februar, fällt aus und findet am Montag, den 9., 7½ Uhr, Hebbelstraße 20 statt. — **Berliner Handwerkerverein.** Sophienstr. 18, 8 Uhr, Vortrag: „Der Rätegedanke." Ref.: Julius Kaliski.

Aus aller Welt.

Der Schneidemühler Eisenbahnanschlag.

Die Aussagen der Täter.

Der Schneidemühler Eisenbahnanschlag vom 20. Januar 1920 ist jetzt völlig aufgeklärt, alle Täter sind festgenommen. — Das Verbrechen, das 19 Menschenleben gekostet und außerdem viele Verwundungen verursacht und schweren Sachschaden gestiftet hat, geht der gerichtlichen Sühne entgegen.

Die Ermittlungen wurden, wie uns mitgeteilt wird, von dem Landespolizeiabschnitt Schneidemühl in Zusammenarbeit mit Berliner Kriminalbeamten und örtlichen Stellen zu dem befriedigenden Abschlusse geführt. Der Haupttäter ist der 31 Jahre alte Arbeiter, früherer Fuhrwerksbesitzer, Händler Otto Perleberg aus Lemnitz, Kreis Czarnikau, ein wegen Diebstahls und Roheitsverbrechen mit 2 Jahren Zuchthaus vorbestrafter Mensch, der erst am 16. Januar 1920 aus dem Gerichtsgefängnis Schneidemühl entwichen war. Die Staatsanwaltschaft erließ nach dem Entwichenen ein Fahndungsersuchen, auf Grund dessen er am 28. Januar von der Polizeiverwaltung in Schönlanke festgenommen wurde. Perleberg gibt zu, die Entgleisung mit Absicht herbeigeführt zu haben, um den Postwagen des D-Zuges zu berauben. Er habe sich dabei eine Beute von etwa 60 000 Mark versprochen. Auf den Gedanken, sich auf diese Weise Geld zu verschaffen, sei er dadurch gekommen, daß er im Gefängnis Zeitungsnachrichten über Eisenbahnanschläge gelesen hätte. Bereits mehrere Tage vor der Tat habe er einen Schwellen-Aufstechschlüssel aus einem Geräteschuppen der Bahn gestohlen. Dann habe er die Russen Josef Jaschinski und Jan Wojczuk als Gehilfen für sein Vorhaben gewonnen. Der Tatort sei ihm deswegen am besten geeignet erschienen, weil die Bahnlinie dort durch eine Schlucht laufe. — Von der Höhe gegenüber dem Geleise aus hätten sie dann den Erfolg ihrer Tat beobachtet. Die Russen seien davongelaufen. Er habe zunächst noch weiter beobachtet, sei aber dann seinen Gefährten gefolgt. Auf der Flucht hätten sie die Richtung verloren und seien wider ihren Willen nochmals an die Unglücksstelle gekommen. Dann seien sie querfeldein gelaufen, und er habe hierbei seine Gefährten verloren.

Die Spuren der beiden Mittäter, welche die Landesgrenzpolizei aufnahm, führten nach dem von den Polen besetzten Gebiet. Auf entsprechendes Fahndungsersuchen wurden sie nunmehr in Katerswalde von polnischen Gendarmen festgenommen und nach dem Gerichtsgefängnis Wirsitz übergeführt. Sie leugnen, die Gesuchten zu sein, erscheinen jedoch durch Photographien überführt. Ihre Ueberführung nach Schneidemühl ist beantragt.

Briefkasten der Redaktion.

O. T. 157. Fragen Sie beim Hauptpaketamt in der Oranienburger Straße an. — **59. G. T.** 1. Wissen wir nicht. 2. u. 3. Fragen Sie beim Polizeipräsidium an.

Briefkasten der Expedition.

Hellmut Wittschewsky. Ohne Adressenangabe können wir Ihnen keinen Bescheid geben. — **Wilhelm Nemack sen.** Einschreibebrief mit Monatsquittung ohne Adressenangabe eingegangen. Erledigung nicht möglich.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Zeitweise nebelig, sonst größtenteils trocken und besonders im Süden vielfach heiter. Temperatur nahe bei Null.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Der Troubadour.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Friedrich der Große.
I. Teil: Der Kronprinz.
Anfang 6½ Uhr.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7½ Uhr: Und Pippa tanzt.
Stg. 7½: D. Sendung Semaels.

Kammerspiele.
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora
Stg. 2½: Minna von Barnhelm.
7½: Die deutsch. Kleinstädter

Gr. Schauspielhaus
Karlstraße.
7½: Hamlet (auß. Abonnem.)
Stg. 2½: Hamlet (N.-A. D., 2 V.)
7½: Hamlet (auß. Ab.)

Theater i. d.
KöniggrätzerStraße
½8 U.: Schloß Wetterstein
Sonnt.: Stützen d. Gesellschaft
3 Uhr: Erdgeist (M. Orska)
Montg.: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
½8 Uhr: Das Instanzenkind.
Sonntag: „Sie".
3 Uhr: Liselott v. d. Pfalz.
Montag: Das Instanzenkind.

Berliner Theater
7.15 Uhr: Bummel-Studenten
Stg. 3: Sterne, d. wied. leuchten

Central-Theater
7½ U.: Fräulein Puck.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: La Traviata.

Die Tribüne
7½ U.: Franziska.

Eden-Theater
7½ U.: Helenens Ehemänner.

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: S. Hoheit der Dich.

Kleines Theater.
7½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie.

Kl. Schauspielhaus.
7½ U.: Die unberührte Frau

Komische Oper
7.20 U.: Dichterliebe.
Stg. 3½: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus
Arnold Rieck in:
7¾ Uhr: Der Großstadt-Kavalier

Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill
Stg. 3 Uhr: Charleys Tante mit Thielscher

Neues Operettenhaus.
7½ U.: Die kleine Hoheit.
Stg. 3½: Die keusche Susanne.

Schiller-Theat. Charl.
7½: Verschwörung des Fiesco.
7½ Uhr: Alt-Heidelberg.

Thalia-Theater
7½ U.: Die närrische Liebe
mit Oskar Sabo a. G. und Ferry Sikla a. G.

Th. am Nollendorfplatz
7½ Uhr: Tannhäuser.
7¼ Uhr:
Der Vielgeliebte

Theater des Westens
4 Uhr: Max und Moritz.
7½ U.: Die Frau im Hermelin
Stg. 3½: Die lustige Witwe.

Wallner-Theater
7.15 Uhr: Eine Ballnacht.
Stg. 3½: Geisha m. Mia Werber

Walhalla-Theater.
7½ Uhr: Csárdásfürstin.

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise
Max und Moritz.
Täglich 7½ Uhr:
Evchen Humbrecht.
Sonntag 4: Der gute Ruf.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise
Hänsel und Gretel.
Täglich 7½ Uhr:
Femina.
Sonntag 4 U.: Johannisfeuer.

Rose-Theater.
3½: Der fliegende Holländer
7½ Uhr:
Die im Schatten leben.

Casino-Theater
Lothringerstr. 37. Tägl. ½8 U.
— Letzter Monat —
Seit November aufgeführt!
Schniepels Lene
Der Schlager aller Possen
Neue Februar-Spezialitäten.
Sonntag 3½: Die Wunderkur.

Olympia-Theater
(früher Voigt, Badstr. 58)
Täglich 7½ Uhr abends:
Der Vampyr von London.
Detektivdrama in 4 Akten.
In Vorbereitung:
Polnische Wirtschaft.

Theater am Kotbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7½ Uhr:
Elite-Sänger.

9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger.
Sonnt. nchm. 3 U. ermäß. Preis. (voll. Abend-Programm. Blüthgen-Konzert. Beginn 7.10 Uhr.
Zum Schluß:
Die lieben Verwandten.
Vorverk. 11—1½ u. 4—6 Uhr.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½: Der Liebestrank

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
Zum 50. Male:
7½ Uhr: Pygmalion.
Sonntag 7½: Pygmalion.
Montag 7½: Pygmalion.

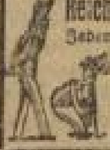
Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½:
Die Marquise von Arcis.
(Konstantin, Servaes, Straßmann-Witt, Veidt)

Schall u. Rauch
im Großen Schauspielhaus
Karlstr., Schiffbauerdamm.
Gussy Holl
Mady Christians
Paul Graetz
v. Twardowski
Friedr. Hollaender
Orga Doelk
Hubert von Meyerinck
Karikaturenfilm v. Walter Trier
Eröffnung 7½, Beginn 8½ U.

APOLLO
Theater
Friedrichstraße 218.
Dir.: James Klein
7½ Februar 7½
Die weltberühmte
Fregolia
in ihren 100 Verwandlungen u. Illusionen.
Gertrude Barrison
aus London zurück
6 Grunatos
Salonakrobaten
Geschw. Blumenfeld
Luftakt
6 Chung Hang
Chinesische Gaukler
Elvira, Drahtseil
Simon u. Artard
Pierrots am Reck.

Circus Busch
Heute sowie tägl. 7½ Uhr:
Neue Febr.-Spezialitäten
u. a.: 3 Urbanis.
9 Uhr: „Aphrodite".

Winter-Garten
Täglich 7¹⁵ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Reichshall.-Theater

Jeden Abend 7½ und Sonnt. Nm. 3 U.
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäßigte Preise

Admirals-Palast.
Die lustige Puppe
7½ Uhr.

Admirals-Kino
Die Freundin d. gelb. Mannes
7 u. 8½

METROPOL KABARETT
BEHRENST. 53-54
Hanna Creswik
Lilian Belten
Lilly Heyn
Willy Lille
Hans Friedal
Guido Gialdi
Hella Ingried
Mac Walten
„Der selige Oktave"
Laczi u. Aenni
in ihrem Tanzsketch
Whisky Rausch
(Traum eines Tänzers)
Kapelle Mundl Neumann.
Am Flügel: E. Hentschel.

ORIENT
Strausberger Platz
3 Min. vom Alexanderplatz.
Größtes und schönstes Kabarett in Berlin NO.
Else Rau Hermann Stachner
Clown Dolly
Kätchen Erben
Loni Wagener und Partner
Irene Schachmeister
Harry Malten ? Severo ?

Blei! Zinn! Weißme'all!
alle Legierungen, jede Menge, zu höchsten Tagespreisen kauft Edelmetall-Einkaufsbureau. Weberstraße 31 (Alex. 4340).

WIENER RESTAURANT
Inh. JOSEF ZOLLER
Berlin-Charlottenbg., Joachimsthaler Str. 41
Fernsprecher: Steinplatz 8023
nahe Zoo zwischen Kantstraße und Kurfürstendamm.

Große, sehenswerte
Möbel-Ausstellung
Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer Wohnzimmer, Wohnsalons, Dielen, Küchen usw. usw.

Besichtigung lohnend u. erwünscht

Verkauf zu sehr soliden Preisen.

Spezial-Abteilung
vornehmer
Wohnungs-Einrichtungen
für Villen, Schlösser,
Herrenhäuser usw.

Möbel
erstklassiger, süddeutscher Kunstwerkstätten
Reiche Bildhauerarbeiten
ca. 3000 □meter Ausstellungsräume

Echte Perser u. deutsche Teppiche · Echte Kristalle, Porzellane, Kronen, Klubsessel u. Sofas in Leder und Gobelin · Kunstmöbel aller Art

M. Schlewinsky & Co.
Berlin C, Dircksenstraße 31
am Bahnhof Alexanderplatz, Ecke Königsgraben

Ankauf von Juwelen
zum heutigen hohen Kurs
Margraf & Co. G. m. b. H.
Kanonierstr. 9

TROCKENPARFÜM
Lebona Berlin
HAUT CREME
Überall erhältlich

Alte Gebisse
auch zerbrochene, bis 3000 Mark.
Einzelne Platinstiftzähne von 12,25—100 Mark,
doch nicht unter 12,25 M. pro Zahn,
Platin-Brennstifte, Kontakte usw.
bis 228 Mark pro Gramm
Gold, Silber, Geräte, Schmucksachen und Juwelen kauft zu den höchsten Tagespreisen
täglich von 9 bis 8 Uhr abends
J. Herz, Fehrbelliner Straße 52,
Vorderhaus links parterre.
Sonnabend nur von 6 bis 8 Uhr abends.

Kriegsanleihe wird zum Kurse von 83 % in Zahlung genommen!

Sehr billige Preise

Plüschmäntel 425, 580, 750, 1016
Pelzmäntel 3300, 4500, 5500, Persianer lang 9500
Gummimäntel m. Kappe 165, 225, 280, für Herren 435, 560
Kostüme 86, 118, 179, Kammgarn 525, 798
Impr. Seidenmäntel 225, 315, 426, Ia. Modelle 425, 670
Stoffröcke 34, Seidenröcke 89, Sportjacken 48
Ulster 54, Modell-Ulster 193, Mantelkleider 278

Neueste Frühjahrs-Original-Modelle
welche noch nicht kopiert sind
sehr billig!!!

Westmann
1. Geschäft: Berlin W 8 Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO 18 Gr. Frankfurter Str. 115
Sonntags geschlossen!

Juwelen **Uhren** **Schmuck**
Platin, Gold, Silber, Münzen, Zähne kauft über Tagespreis
Goldwaren-Fabrik
J. Weinstock G. m. b. H.
Berlin, Mohrenstr. 16, a. Untergrdbhf. Friedrichstr.
Filiale: Tauentzienstr. 6.

Freihändiger Verkauf
aus Nachlaß Tempelhofer Ufer 32, II links.
Stollenschrank, Mahagoni-Frisiertoilette (Nach-Empire-Stil), Biedermeierspiegel, zwei Fauteuils, zwei große Küchenschränke, diverse Bilder und Uebergardinen, viele Nippes u. andere Haushalt-Gegenstände.
Besichtigung: Sonnabend, Sonntag, Montag 9½ bis 1 Uhr.

Halt!!
Wollen Sie wirklich die höchsten Preise für
Metall-Abfälle,
Kupfer, Messing, Blei, Zink,
Sekt- und Weinflaschen
und sämtliche **Felle**
erzielen, dann verkaufen Sie nur bei Quade,
Schmidstr. 36, Ecke Neanderstraße (Keller).

Warnung! Silbergeld!
Verkaufen Sie Ihr Silbergeld **nicht,** bevor Sie den richtigen Preis bei
H. Wiese, Artilleriestr. 30
erfahren haben, denn der Weg ist sehr lohnend.
H. Wiese, Uhrmacher, Artilleriestr. 30.
Briefliche Anfragen unnötig.

Möbel Bar oder Kredit
1- u. 2-Stuben-Einrichtungen,
Bunte Küchen,
Herren-, Speise-, Schlafzimmer
in großer Auswahl
zu kulanten Zahlungsbedingungen.
Möbel-Groß,
Gr. Frankfurter Str. 141
Invalidenstraße 5, Eingang Ackerstraße.
Liefere auch nach auswärts

PLATIN 210,—
Gold, Silber in Münzen in Barren
Brennspitzen, Platinkontakte,
Zahngebisse, Quecksilber
kauft zu den höchsten Tagespreisen
Adolf Friedländer, Berlin,
Kommandantenstr. 29, I rechts.

Pianos
erstklassige neue und gebrauchte.
Flügel und Harmoniums.
en gros — Export.
MAX BECKER
Pianohaus Osten, Andreasstr. 47

Verlangen Sie
„Vioparfa" Zahnpasta
Parfüme sowie erstklassige kosmetische Präparate
Viola Parfümerie-Fabrikation, Berlin SO. 16, Cöpenicker Straße 112. Moritzpl. 11931

Möbel
liefert
gegen bar
und auf
Teilzahlung
zu mäßigen Preisen.
Bürgerliche
Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer,
Schlafzimmer,
Speisezimmer,
Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern. Besuch lohnend.

Reelles Gewicht
Wir kaufen
KUPFER
Blei, Zink
MESSING
Stanniol
Zinnfolie
Quecksilber
Aluminium
Celluloid
Metallabfälle
Platin, Gold, Silber
PETERS Prenzlau. Str. 24
MÖBUS Waldstraße 3
G. ERMEL Gubener Str. 39
DEGENER Schöneberg Bahnstraße 46
HAASE Skalitzer Str. 25a Ecke Lausitzer Platz
Höchste Preise!

Für Vermietungszwecke suchen eine Anzahl Pianos zu hohen Einkaufspreisen Paul & Co., Berlin, Gitschiner Straße 107.

Gesucht für die Montage unserer Groß-Gleichrichter-Anlagen ältere zuverlässige, absolut selbständig arbeitende
Schalttafel-Monteure
die mit dem Bau von Hochspannungs-Schaltanlagen und Transformatorenstationen durchaus vertraut sind, mit guten Zeugnissen von Großfirmen. Gelernte Maschinenschlosser bevorzugt.
Schriftliche Meldungen unter Beifügung von Zeugnisabschriften an
Brown, Boveri & Cie., Akt.-Ges.
Abt. Grs.,
Mannheim-Käferthal.

Karosserie.
Schmiede, Feiler u. Beschläger, Eisenblechschmiede, Kastenmacher, sämtlich mit der Automobil-Karosserie vertraut, werden sofort von alter Firma in der französischen Schweiz gesucht. Die Einreisebewilligung wird von der Firma besorgt. Offerten unter T 10511 L an Publicitas, Lausanne, Schweiz. 85/10*

Tüchtige
Metalldrücker u. Druckpolierer
verlangt R. Seifler Akt.-Ges., Berlin-Oberschöneweide.

Langjährige
Zuschneider
für dauernde Beschäftigung verl. Schuhfabrik Wirth & Co., Neue Königstr. 11.

Korbmacher
auf moderne Peddig- und Weidenmöbel, nur erstklassige Kräfte, verlangt bei hohem Lohn Johann Lorenz, Berlin-Schöneberg, Merseburger Str. 11.

Jüngerer Herr
für das Bestellwesen einer Maschinenfabrik zum sofortigen Eintritt gesucht. Mit Korrespondenzwesen Vertraute bevorzugt. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit unter M. 47 an die Expedition des Vorwärts.

Mehrere
Adressenschreiberinnen
können sich melden Gesl. Angeb. unter L. 47 Hauptexped. „Vorw."

Größeres Parteipresseunternehmen Mitteldeutschlands mit Buchhandlung sucht geschäftsgewandten, tüchtigen
Geschäftsführer
mit Ia. Referenzen. Angebote mit Gehaltsforderungen an F. Büchel, Gotha, Friedrichstr. 13, II.

Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)
Aktien-Gesellschaft
stellt **Botenfrauen** ein in den Geschäftsstellen:
Lindenstr. 3, 2. H. pt., Prinzenstr. 31, Lausitzer Platz 14/15, Petersburger Platz 4, Ackerstr. 174, Wattstr. 9, Markusstr. 36, Immanuelkirchstr. 24, Wilhelmshavener Str. 48. — Charlottenburg, Sesenheimer Str. 1, Kaiserdamm 101. — Lichtenberg, Boxhagener Str. 62. — Neukölln, Neckarstraße 2, Siegfriedstr. 28/29. — Wilmersdorf, Gasteiner Str. 12. — Reinickendorf-Ost, Provinzstraße 56.